Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28. | Montag, den 3. Februar 1913. | 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reichstagswahlen in Sicht?

Wir stehen vor einer neuen Militärvorlage. Die Antwort auf die kurze Anfrage des Genossen Gradnauer nach den neuen Rüstungsplänen der Regierung ging darauf hinaus, die Notwendigkeit neuer Vermehrungen der Streitkräfte werde von der Regierung anerkannt, nur über die Details sei man sich noch nicht klar; eine entsprechende Vorlage werde dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

Nun hatte bekanntlich der Reichstag schon im Jahre 1911 eine Militärvorlage bewilligt, deren Kosten sich auf mehr denn 140 Millionen beliefen und auf mehrere Jahre verteilten. Ein Jahr später folgte eine neue Vorlage in Höhe von rund 650 Millionen. Die allerneueste Vorlage soll, wie verlautet, die jährlichen Rüstungsausgaben um 100 Millionen erhöhen. Wir hätten dann innerhalb zweier Jahre den jährlichen Rüstungsetat um eine Viertelmilliarde vermehrt.

Für die deutsche Regierungsmethode sprechen diese Zahlen Bände. Obwohl die letzten Reichstagswahlen der Sozialdemokratie ihren gewaltigen Erfolg nicht zuletzt wegen ihrer unerschütterlichen Abweisung aller Rüstungspläne gebracht haben, wird dieses Votum des deutschen Volkes total ignoriert. Eine Rüstungsvorlage jagte die andere, und da nunmehr Zentrum und Fortschrittler völlig in das imperialistische Lager abgerückt sind, hat die Regierung für ihre Forderungen stets eine Mehrheit, die aus allen bürgerlichen Parteien besteht. Indessen: mit der Annahme dieser Militärvorlagen ist es nicht getan, sie müssen auch gedeckt werden. Und hier erheben sich Schwierigkeiten und ernste Differenzen im bürgerlichen Lager und nicht zuletzt auch bei der Regierung.

Zunächst steht fest, daß dem Herrn Staatssekretär für das Reichsschatzamt, Kühn, die neuen Rüstungspläne ebenso überraschend wie unangenehm gewesen sind. Er hatte mit einer Ungeniertheit sein neues Amt übernommen, daß man sich sagen mußte: der Mann führt seinen Namen nicht umsonst. Herrn Wermuths Finanzkünste scheiterten an der Skrupellosigkeit, mit der die bürgerlichen Parteien die gewaltigen Kosten der Militärvorlage 1912 aus den „laufenden Ausgaben“ begleichen wollten. Herr Kühn machte diese Skrupellosigkeit mit, durch ein paar Federstriche an dem von Wermuth aufgestellten Etat hatte er die Deckungsfrage „gelöst“. Und dieser kühne Mann hätte vielleicht auch noch ein paar Jahre im Reichsschatzamt herumjongliert, wenn nicht — ja, wenn wir nicht eben im Zeitalter des Imperialismus lebten, wo eine Rüstungsvorlage die andre jagt und wo man in jedem Ressort schwindeln darf, nur nicht im Reichsschatzamt. Dort muß stets Geld, und stets noch mehr Geld vorhanden sein, und wer dieses Geld nicht jederzeit herbeizuschaffen versteht, hat von vornherein ausgespielt. Man begreift daher, mit welchem Entsetzen Herr Kühn von diesen neuen Rüstungsvorlagen erfuhr, nachdem er soeben erst den Etat für 1913 mit Ach und Krach aufgestellt hatte, in dem die vermehrte Schuldenwirtschaft nur für den Laien verdeckt war. Anfangs bestritt er in der Presse die Existenz neuer Rüstungspläne, aber damit bewies er nur, daß er gar nicht mehr auf dem Laufenden ist, daß er selber nicht mehr davon unterrichtet wird, was vorgeht. In der Tat ist Herr Kühn schon heute ein politisch toter Mann, und das einzige, was ihm bleibt, ist, „in Schönheit“ zu sterben, das heißt, seinen Abgang unter möglichst ehrenvollen Umständen zu vollziehen — wenns noch möglich ist!

Inzwischen beginnt man im Zentrum die Dinge planmäßig zu schieben. Eine Erklärung des Abg. Gröber in der Budgetkommission, das Zentrum wolle nicht, daß die neuen Steuern lediglich dem Kriegsminister zugute kämen, ist ein Vorstoß, dessen Absicht unverkennbar ist. Das Zentrum hat augenblicklich durch den Jesuiten-Rummel seine Wählermassen in „Stimmung“ gebracht, es glaubt, wenn es die Militärvorlage ablehnt, den dann eintretenden Reichstagswahlen in Ruhe entgegensehen zu können. Man rechnet in Zentrumskreisen auf 10 Mandatsgewinne! Der Zweck der Uebung ist, die bisherigen Majoritätsverhältnisse im Reichstage umzuwerfen und durch eine Schwächung der Liberalen und der Sozialdemokraten die alte blauschwarze Mehrheit wieder herzustellen. Daß bei dieser Gelegenheit auch der nicht genügend zentrumsfromme Bethmann-Hollweg, dem man feierlich das Vertrauen entzogen hat, über die Klinge springen kann, erhöht nur den Reiz dieser Uebung. Vor den Massen kann man sich gleichzeitig wieder mal als Oppositionspartei gebärden, was jetzt angesichts der steigenden Teuerung und der steigenden Not und Erbitterung in den Arbeiterkreisen dem Zentrum recht zupaß kommt.

In der Zentrumspresse spielt man inzwischen mit verteilten Rollen. In der „Kölnischen Volkszeitung“ spricht man von den „großen Schwierigkeiten“, die die neue Militärvorlage schaffe, die man weder leicht vertreten noch leicht bekämpfen könne. Da heißt es:

> Die Regierung sowohl wie der Reichstag — vielleicht nicht einmal die Sozialdemokratie ganz ausgeschlossen, so „einfach“ für sie auch sonst ihre Stellung zu Wehrfragen sein mag — befinden sich angesichts der neuen Militärvorlage auf keinen Fall in einer angenehmen Lage. Es wird weder ganz leicht sein, die Vorlage zu vertreten, noch sie zu bekämpfen. Der Regierung wird man mit Grund entgegenhalten, daß sie noch vor ganz kurzer Zeit unsre Rüstung als völlig ausreichend für längere Zeit erklärte, und zwar als ausreichend natürlich für jede Möglichkeit, denn nicht für den Frieden, sondern für den Krieg ist ja das Heer letzten Endes da und muß daher immer schlagbereit sein. Gleichwohl wird die Regierung bei der neuen Vorlage ohne Zweifel auf die gefährliche Weltlage hinweisen und die Vertretung des deutschen Volkes beschwören, doch in einem so ernsten Augenblick der Welt nicht das Schauspiel eines Reichstages und eines Volkes zu bieten, die sich weigerten, dem Heere zu geben, was dieses und was eine erfolgreiche Leitung unsrer auswärtigen Politik brauche, um die Sicherheit Deutschlands oder auch nur die Erhaltung seines politischen und militärischen Ansehens in der Welt zu gewährleisten.

Also: Patriotismus, aber mit Maßen. Und über die Deckungsfrage heißt es ebenda:

> Regierung und Reichstag haben sich gleichmäßig und einstimmig förmlich und feierlich auf die Verpflichtung festgelegt: Keine Ausgabe ohne Deckung! Und sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Schuldenmachen keine Deckung bedeutet. Dem Schuldenmachen ist gleichgestellt worden der Verzicht auf Schuldentilgung. Für die Deckung sorgen, bedeutet also für vermehrte Einnahmen sorgen, soweit nicht die bisherigen Einnahmen verfügbare Ueberschüsse ergeben oder ein entsprechendes Wachstum erwarten lassen, oder soweit nicht die Möglichkeit besteht, an andern Stellen beträchtliche Ersparnisse zu machen. Auch nationalliberale Blätter haben noch jüngst, als die ersten Nachrichten über die kommende Militärvorlage in der Presse auftauchten, sehr ernst an die Pflicht der Deckung erinnert.

In der „Germania“ dagegen pfeift es aus einem andern Loche. Da heißt es mit nicht zu überbietender Deutlichkeit:

> Die Wiedervorlage der Kindeserbschaftssteuer soll nach den neuesten Meldungen in den Kreisen der Regierung erneut erwogen werden. Wir möchten dahinter ein Fragezeichen machen. Aber solche Gerüchte deuten auf politischen Sturm, und wir ersuchen unsre Parteifreunde im ganzen Reiche, ihre Organisationen zu stärken und zu kräftigen. Eine Neuwahl kann noch vor Pfingsten dem deutschen Volke bevorstehen. An die Gewehre! — Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß die Kosten der neuen Militärvorlage in angeblich eingeweihten Kreisen bereits auf 120 bis 150 Millionen Mark pro Jahr angegeben werden!!

In der Sozialdemokratie wird man gut tun, das Spiel der schwarzen Herrschaften genau zu verfolgen, damit wir nicht eines Tages von den Tatsachen überrascht werden. Daß der Reichstag der roten 110 unsern herrschenden Schichten nicht paßt, bedarf keines Nachweises.

Darum: an die Gewehre!

Politische Rundschau

Deutschland.

Fleischeinfuhr. — Reichsgesundheitsamt.

Der Gesetzentwurf über vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischeinfuhr ist heute auch in dritter Lesung erledigt worden, nachdem die zweite Lesung gestern zu Ende geführt worden war. Die Abstimmung ergab dasselbe Bild, das der vorhergehende Tag schon geboten hatte: die Konservativen und Antisemiten stellten sich so, als würde die harmlose Vorlage ihnen irgendwelche Gefahr bringen, und den von ihnen vertretenen großagrarischen Interessen, und lehnten sie ab. Vielleicht will diese Abstimmung der Rechten auch etwas mehr besagen. An den Konservativen und ihren Gesinnungsfreunden ist die agrarische Prinzipienfestigkeit seit jeher unerschütterlich gewesen, und sie wollten wohl auch durch dieses Votum nur zeigen, daß sie auch jeden noch so leisen Schein einer volkstümlicheren Handelspolitik auf jeden Fall und mit aller Kraft widerstreben. Die übrigen Parteien nahmen die Vorlage an. Auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte dafür, schon weil sie die Notwendigkeit von preismildernden Maßnahmen wenigstens anerkennt. Aber wir verhehlen uns keineswegs, daß das praktische Ergebnis solcher Eingriffe, die man überschätzen würde, wollte man sie „Halbheiten“ nennen, ziemlich unbedeutend sein muß.

Das betonte in der heutigen Sitzung noch einmal Genosse Dr. Quarck, der wiederum die schmähliche Abhängigkeit der Regierung von agrarischen Wünschen und Befehlen kennzeichnete. Er benutzte auch die Gelegenheit, um sich gegen diese unerhörte robuste Politik zu wenden, die das Volk erst wirtschaftlich aussaugt, und dann noch politisch entrechten will. Sehr charakteristisch für die Gedankengänge der agrarischen Regierungspraxis war die nette Geschichte, die Quarck von der Münchener und von der Berliner Behandlung eines Schweizer Vieheinfuhrangebots erzählte.

Nach Erledigung dieser Vorlage wurde dann die Spezialdebatte des Etats des Reichsamts des Innern beim Titel „Reichsgesundheitsamt“ wieder aufgenommen. Gen. Dittmann trat für die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter im ganzen Reich ein. Er sprach sich auch längere Zeit unter Anführung interessanten Materials über die Notwendigkeit der Reinhaltung der Flußläufe aus. Einen größeren Teil der Debatte nahmen wiederum die Verhältnisse des Krankenpflegepersonals in Anspruch. Genosse Antrick nahm die Gelegenheit wahr, um gegen seine nationalliberalen Kritiker eine berechtigte und ernste Polemik zu führen. — Das Kapitel Patentamt wurde noch erledigt, nachdem der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell und der Antisemit Werner-Hersfeld noch einige Bemerkungen dazu gemacht hatten. — Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

Die ländlichen Fortbildungsschulen im Herrenhaus.

Das preußische Herrenhaus beriet am Freitag den Gesetzentwurf, der in den westlichen Provinzen Preußens den Besuchszwang für die ländlichen Fortbildungsschulen einführen will, die von den Kreisausschüssen zu errichten sind. Das Gesetz wurde noch nicht erledigt, sondern an die Kommission zurückverwiesen. Dagegen wurde das vom Abgeordnetenhaus abgeänderte Moorschutzgesetz ohne Debatte angenommen. Verschiedene Petitionen von Altpensionären um Verbesserung ihrer traurigen Lage wurden durch Uebergang zur Tagesordnung in den Papierkorb befördert, weil die Finanzlage eine Berücksichtigung dieser Bitten nicht gestatte. Das Wassergesetz kommt vorläufig noch nicht auf die Tagesordnung, sondern Sonnabend wird man sich über kleine Vorlagen und Petitionen unterhalten.

Ultramontane Arbeiterfreunde.

Der Verein der Handlungskommis von 1858 wandte sich mit einer Petition an den Reichstag, in welcher die Heraufsetzung der Pfandgrenze des Diensteinkommens oder Gehalts gefordert wird, die nach § 850 der Zivilprozeßordnung schon seit 35 Jahren unverändert 1500 Mark beträgt. Die Petenten möchten unter Hinweis auf die in dieser Zeit ständig gesunkene Kaufkraft des Geldes auch das Einkommen von 1500—2000 Mark zu zwei Dritteln vor Pfändung sichern. Leider fanden sie aber hierfür nicht die Unterstützung der Petitionskommission, die in ihrer Sitzung vom 31. Januar die Anregung der Sozialdemokraten auf Berücksichtigung der Petition ablehnte und mit einer aus Zentrum und Konservativen bestehenden Mehrheit den Uebergang zur Tagesordnung beschloß. Charakteristisch war es auch, daß in derselben Sitzung der christliche Arbeiter Schwarz-Schweinfurt den Antrag stellte, eine Petition der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften auf Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter für ungeeignet zur Erörterung im Plenum des Reichstags zu erklären, weil keine Begründung dafür beigegeben sei. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß dieses Petitum für sich spräche, konnten aber die patentierten Arbeiterfreunde des Zentrums nicht von der Notwendigkeit einer freundlicheren Stellungnahme überzeugen. Dafür wurde eine Petition der Arbeiterverbände des Bau- und Holzgewerbes, der Bildhauer, Stukkateure, Maler, Schlosser, Töpfer usw. auf Aenderung des § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung der Regierung als Material überwiesen. Es soll den Berufsvereinen ein klagbares Recht auf Erfüllung ihrer Satzungen durch die Mitglieder verschafft werden. Begründet wird der Antrag mit der Notwendigkeit der strengeren Durchführung der Tarifverträge. Tatsächlich handelt es sich um die Absicht der Scharfmacher, durch Gesetz das Verhandeln einzelner Arbeitgeber mit der organisierten Arbeiterschaft zu verbieten. Die Sozialdemokraten stimmten selbstredend gegen den ebenfalls von Herrn Schwarz gestellten Antrag auf Ueberweisung als Material. — Ein netter Arbeitervertreter, der Herr Schwarz-Schweinfurt!

Die Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg.

Selten noch ist eine Wahlbewegung langsamer und schleppender in Fluß gekommen, als wie die zu der Landtagswahl im Herzogtum Sachsen-Altenburg, die auf den 6. Februar angesetzt ist. Was den Staatsminister v. Schaller-Steinwarz, ehedem Gesandter des Reiches am Hofe Meneliks von Abessinien, veranlaßt hat, Faschingswahlen anzusetzen, ist nicht bekannt. Ungünstiger für die werktätige Bevölkerung konnte der Wahltermin kaum gelegt werden.

Bei den alle drei Jahre erfolgenden allgemeinen Neuwahlen zum Landtage kann die Sozialdemokratie nur auf einen Teilerfolg rechnen. Es wird nach vier Klassen gewählt: Höchstbesteuerte, erste, zweite und dritte Klasse. Das Wahlrecht ist direkt und geheim und an die Steuerleistung, außerdem an den halbjährigen Besitz der Staatsangehörigkeit und an den halbjährigen Aufenthalt im Wohnorte gebunden, alles Bestimmungen, die schwer zuungunsten der Arbeiterklasse in die Wagschale fallen. Von den 32 Abgeordneten, aus denen der Landtag besteht, entfallen auf die zweite und dritte Abteilung je 8, auf die erste Abteilung 7 und auf die Höchstbesteuerten 9 Mandate. Bis auf ein Mandat hatte die Sozialdemokratie die Mandate der dritten Abteilung in Händen. Das achte Mandat ist einstweilen noch nicht zu erobern, da dieser Kreis ein fast rein kleinbürgerlicher Wahlkreis ist.

Bei der Wahl vor drei Jahren eroberte die Sozialdemokratie vier Mandate, davon drei auf dem platten Lande, die sie dem Bunde der Landwirte abnahm. Um diese drei Mandate, — die vier städtischen Mandate sind sicherer Besitzstand der Partei — ist nun zwischen den früheren und gegenwärtigen Inhabern der Sitze ein heftiger Kampf entbrannt. Der Bund der Landwirte hat ein halbes Dutzend seiner bekannten Wanderredner auf die Landkreise losgelassen und seit Anfang Januar hält er Tag für Tag Versammlungen in den Landorten ab. Zu den Bundesagenten haben sich noch die Führer der Bündler im Lande gesellt. Der Kampf, den die Bündler führen, bewegt sich auf einem sehr niedrigen Niveau. In einem in den letzten Tagen verbreiteten Flugblatte, das in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung" in Berlin hergestellt ist, wird direkt das Blaue vom Himmel heruntergelogen. Die Abstimmungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage werden direkt in ihr Gegenteil umgelogen, nur um die Sozialdemokratie als landfeindlich hinzustellen. Das gleiche, nur im umgekehrten Sinne geschieht mit den Taten der Vertreter vom Bunde der Landwirte; soweit sie gegen die Interessen der Kleinbauern stimmten, wird im Flugblatt das Gegenteil daraus gemacht.

Die agitatorische Tätigkeit unserer Genossen steht der der Bündler nicht nach. Seit Neujahr ist Sonntag für Sonntag der sonst nur einmal im Monat erscheinende „Altenburger Landbote" im doppelten Format in Stadt und Land verbreitet worden. Jedesmal kommen auf diese Weise 50 000 Flugblätter im Lande zur Verbreitung. Die bisherigen Abgeordneten, die eine außerordentlich rege Tätigkeit im Landtag entfaltet haben und ausnahmslos wieder kandidieren, entwickeln eine gleich rege Tätigkeit in der Agitation.

Die Reichstagsabgeordneten Brey und Käppler haben ebenfalls eine Reihe von Versammlungen auf dem Lande abgehalten.

Die Fortschrittliche Volkspartei führt den Wahlkampf, wie sie vornehm tuend erklärt, mit Ruhe und Würde. Sie bildet sich nämlich ein, die Sozialdemokratie müsse ihr die Mandate in der zweiten Abteilung zuschanzen. Genau wie in Preußen glauben diese „Liberalen", weil sie „das kleinere Uebel" sind, müsse man sie ohne jede Gegenleistung wählen. In verschiedenen Kreisen sind nämlich unsere Wähler in der zweiten Abteilung beträchtliche Minderheiten, und auf diese Tatsache bauen die Herren ihre Rechnung vom „kleineren Uebel" auf. Wenn nur die Rechnung nicht fehl geht!

Auf sozialdemokratischer Seite kandidieren die bisherigen Abgeordneten Metzschke, Wunderlich, Dickreiter, Rößler, Pietzsch und Böhme wieder in ihren alten Kreisen. An Stelle des aus dem Lande verzogenen Abg. Junghans-Hermsdorf ist Genosse Paulian in Eisenberg für den 6. ländlichen Kreis, und im 7. ländlichen Kreise ist an Stelle des zurückgetretenen bisherigen Kandidaten Schulze-Löbschütz Genosse Krasi aus Orlamünde aufgestellt worden. Den Hauptsturm der Bündler hat Genosse Rößler auszuhalten, der im 4. ländlichen Kreise kandidiert, ein Kreis, der nur wenig Industriearbeiterschaft in sich schließt und den die Partei 1910 mit nur 8 Stimmen Mehrheit erobert hat. Um diesen Kreis wird auf beiden Seiten mit größter Leidenschaftlichkeit gekämpft.

Das Dreiklassenhaus im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Im preußischen Landtage kam am Sonnabend zunächst der Abg. Cassel (Fortschr.) zum Wort, der als Führer der größten Fraktion im Berliner Rathause sich naturgemäß in eingehender Weise mit der Brüskierung des Berliner Magistrats durch die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Regierungsmaßnahmen beschäftigte. Cassel ging dann in seiner Rede auf die allgemeine politische Lage ein. Er wies den Ruf des Abg. v. Kardorff nach einem Zuchthausgesetz und einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie weit von sich. Allerdings konnte auch er es sich nicht verkneifen, weidlich über die angebliche Vergiftung des Arbeitsverhältnisses durch die Sozialdemokratie zu jaseln und in das Klagelied über sozialdemokratischen Terrorismus einzustimmen. Einen Beweis für seine Behauptungen erbrachte er ebenso wenig wie am Freitag der Abg. v. Kardorff. Andrerseits war Cassel objektiv genug, die ersprießliche Tätigkeit mancher Sozialdemokraten in städtischen Verwaltungen anzuerkennen.

Eine Bemerkung des Herrn Cassel gegen das Dreiklassenwahlsystem war für den Minister des Innern das Signal, die Tätigkeit des Dreiklassenparlaments zu loben und es so darzustellen, als ob auf der ganzen Welt diesseits und jenseits des Ozeans nirgends bessere Gesetze zustande kämen und bessere Zustände beständen als in Preußen. Daß dem nicht so ist, bewiesen die berechtigten Klagen des Abg. Nissen (Däne) über die landrätliche Willkür in Schleswig-Holstein, sowie die zahlreichen Fälle amtsvorsteherlicher Willkür, die der Abg. Wenke (Fortschr.) vorbrachte. — Einige heitere Momente bereitete dem Hause der bekannte konservative Vielredner Dr. Strosser, der sich, wie alljährlich, über das Automobilwesen, über die Kinematographen, über die sittlichen Theaterstücke, zu denen er auch Wedekinds „Frühlings Erwachen" rechnet und über alles mögliche verbreitete. Interessant ist es, daß Herr Strosser im selben Augenblick, in dem er die ganze Achtung der Sozialdemokratie vor dem Gesetz und vor gerichtlichen Urteilen kritisierte, sich nicht enthalten konnte, von der Tribüne des Landtags herab gegen das Brandenburger Schöffengericht zu wettern, weil es sich erlaubt hatte, das bekannte vernichtende Urteil gegen den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu fällen. Die Rede Strossers schloß mit einem Appell, der landesverräterischen Sozialdemokratie energisch zu Leibe zu gehen. Da Strosser auch gegen die Nationalliberalen polemisiert hatte, die angeblich in Hannover die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen unterstützt hätten, erhob sich der nationalliberale hannoversche Abgeordnete Dr. v. Campe zur Erwiderung, um die Darstellungen des konservativen Redners als unrichtig nachzuweisen.

Das preußische Herrenhaus kennt keine Teuerung!

Im preußischen Herrenhause stand am Sonnabend außer einigen kleinen Vorlagen eine Petition zur Beratung, in der Zollerleichterungen, die Einfuhr von Gefrierfleisch und ähnliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischteuerung gefordert wurden. Der Berichterstatter Graf von der Schulenburg-Grünthal erklärte, daß er von einer Fleischteuerung noch nichts gemerkt habe, daß der Fleischkonsum immerfort steige und ihm ein Schlächter gesagt habe, daß die Arbeiterfrauen sich mit Kochfleisch nicht mehr begnügten, es müßte mindestens Karbonade sein. Die äußerst geringfügigen Maßregeln, die der Landwirtschaftsminister zugelassen hat, um die von dem Reichskanzler vor dem ganzen Lande konstatierte Teuerung zu bekämpfen, betrachtete der Graf natürlich als den Anfang vom Ende der Landwirtschaft. Er ist beunruhigt und erklärt das Verlangen nach Aufhebung der Futtermittelzölle als ein Attentat auf die Landwirtschaft. — Würdig schloß sich diesem feudalen Redner der Oberbürgermeister von Königsberg, Herr Körte, an, der u. a. ausführte, daß die Regierung die Städte zur Einfuhr russischen Fleisches gezwungen habe, um die Verantwortung von sich auf die Städte abzuwälzen. Während dieser Oberbürgermeister auf der einen Seite feststellte, daß die geringen Mengen Fleisch, die eingeführt werden, einen Einfluß auf die Preise nicht ausüben können, erklärte er auf der andern Seite, daß die Städte mit diesen Maßnahmen trübe Erfahrungen gemacht hätten! Herr Körte setzte seiner famosen Rede die Krone auf, indem er erklärte, falls bei einer etwaigen Getreideverteuerung die Regierung von den Städten verlangen würde, daß sie etwa gar noch Brot backen sollte, so wäre eine Art Kommunismus da! Nach solchen Reden ist es selbstverständlich, daß die Petition in den Papierkorb geworfen wurde, was man parlamentarisch Übergang zur Tagesordnung nennt.

Die Fleischpreise fahren fort zu fallen!

Natürlich nicht in Deutschland, wo die Fleischpreise vielmehr fortfahren zu steigen, sondern in Schweden. So brachte die Freitagsnummer des Swenska Dagbladet, einer in Stockholm erscheinenden Zeitung, unter der angegebenen Ueberschrift folgende Notiz:

„Zufuhr reichlich, Nachfrage mittelmäßig und Tendenz fest. Die Lebensmittelnotierungen der vorigen Woche zeigen eine weitere Tendenz zum Fallen, sowohl für Schlachtvieh als für Fleisch. Die Lebensmittelnotierungen, welche die Markthallendirektion am Donnerstag für die Woche vom 16. bis zum 22. veröffentlichte, zeigen wenig Veränderung für die Preise von Schlachtvieh, dagegen wurden fast alle Sorten Fleisch weiter mit fallenden Preisen notiert." Im einzelnen wird weiter berichtet, daß erstklassiges Rindfleisch von 81 auf 76 Pfg. pro Kilo (bei ganzen Tierkörpern), Kalbfleisch von 83 auf 77 Pfg., Schweinefleisch von 1,03 Mk. auf 1,— Mk. gefallen ist. Ebenso wurden Renntierfleisch, Hasen, Hühner niedriger notiert.

Die Behauptung, die Steigerung der Lebensmittelpreise erfolge in allen Ländern in gleicher Weise, ist eine Phrase. In Schweden, das keinen Zoll auf Vieh und Fleisch kennt, sind die Schäden der Futtermittelmißernte von 1911 längst überwunden. In Deutschland ist der vorübergehende Anlaß dagegen die Ursache einer erheblichen Viehverminderung und einer anhaltenden außergewöhnlichen Fleischteuerung geworden.

Auch die Matrikularbeiträge steigen.

Es ist schon lange her, seit die Einzelregierungen vom Reich auf Grund der Klausel Franckenstein Geldbeträge aus den indirekten Steuern überwiesen erhielten. Seit 1899 gibt das Reich nicht nur keinen Heller mehr, sondern fordert von den Einzelstaaten von Jahr zu Jahr steigend mehr Zuschüsse, sog. Matrikularbeiträge, zu den indirekten Reichssteuern, sodaß sich der Reichstag genötigt sah, dieser Wirtschaft einen Riegel vorzuschieben, um die Einzelstaaten nicht zum Ruin zu bringen. Die Einzelstaaten dürfen regelmäßig nicht mehr als mit 40 Pfg. Matrikularbeitrag pro Kopf der Bevölkerung belastet werden; etwaige Mehrlasten sind zu stunden.

Die Matrikularbeiträge für das Jahr 1913 betragen 255 419 318 Mark, dies sind 8,41 Millionen Mark mehr wie 1912 und 43,42 Millionen Mark mehr wie 1911. Auf Preußen entfällt eine Summe von 136 Millionen, auf Bayern 23,01, auf Sachsen 19,01, auf Württemberg 9,08 usw.

v. Schorlemer, der Kaninchenzüchter.

Die Fleischenquetekommission trat wieder zu einer Sitzung zusammen, über die die Oeffentlichkeit nur erfährt, daß 40 Sachverständige erschienen waren. Umsomehr tritt der preußische Landwirtschaftsminister, Freiherr v. Schorlemer, der bekanntlich das Pferdefleisch als Delikatesse pries und die Kaninchenzucht warm empfahl, an die Oeffentlichkeit. Neuerdings kündigt er in einem Erlaß die staatliche Förderung der Kaninchenzucht an und Staatspreise sollen für Kaninchenausstellungen ausgesetzt werden. v. Schorlemer gibt weiter gute Ratschläge zur Kaninchenzucht und sagt, daß er der Frage seine größte Aufmerksamkeit schenken werde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 3. Februar.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Montag, dem 3. und Dienstag, dem 4. Februar, abends von 8—9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshause anwesend sein.

Zur Tarifbewegung der hiesigen Holzarbeiter ist zu berichten, daß der Tarif, der mit den Möbelfabrikanten Stech und Wasserstradt abgeschlossen ist und zum 31. Januar dieses Jahres gekündigt werden konnte, von keiner Seite gekündigt wurde und somit ein Jahr länger, bis 1. Mai 1914, Gültigkeit hat. Demnach kann die vom Arbeitgeber-Schutzverband zum 15. Februarr angekündigte Aussperrung sich nur auf einen kleinen Teil der Lübecker Holzarbeiter erstrecken.

b. **75 „Reichstreue" und zwei alte Frauen** hielten am Sonnabend im Kolosseum eine konservative Versammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter und Amtsrichter Warmuth aus Jauer, wo auch die beliebten Würstchen herkommen, die Scharfmacherrede Kardorffs kopierte, die dieser am Freitag im Abgeordnetenhaus hielt. Dieser „Massenbesuch" der 77 hat das Amtsblatt schon „recht befriedigt", während der „General-Bumbum" ihn für „sehr gut" hält. Wie anspruchslos sind doch diese Leutchen! Der Amtsrichter ohne Ar und Helm schimpfte auf die steigende Unzufriedenheit der Arbeiter und bezeichnete die Sozialdemokratie als den organisierten Terrorismus der Arbeiterschaft. Er tischte weiter den Zentrumsschwindel auf, nach dem ehrliche Arbeiter durch die Sozialdemokratie von Ort zu Ort gejagt und dem Hunger preisgegeben würden. Scheidemann, der in Paris Hochverrat geübt habe, hätte durch sein Präsidium den traurigsten parlamentarischen Tag geschaffen. Gegen Warenhäuser und Konsumvereine helfen nur die alten Zunftgesetze. Die Sozialdemokratie will die Wirtschaftspolitik ruinieren und das Reich der Junker durch Revolution zertrümmern. Würden die Arbeiter das wahre Ziel der Sozialdemokratie kennen, wärs um die Gefolgschaft vorbei. Daß auch in Lübeck die Roten das Zepter führen, paßt dem Vertreter agrarischer Wucherpolitik selbstredend nicht. Durchsetzt war dieser Sermon mit faulen Witzen. Dafür zwei Beispiele: „In den Hühnerstall eines Bauern dringt ein Fuchs. Die Bäuerin schreit um Hilfe, der Bauer verwahrt sich gegen ein Einschreiten. Der Fuchs sei der Stärkere, handle auf Grund bewußter individueller Freiheit. Mögen sich die Hühner selbst wehren. — Das ist liberale Freiheit." — „Im Zukunftsstaat wird sich der Barbier gegen andrängende Arbeit zu wehren wissen. Er wird jeden so schaben und schinden, daß ihm die Lust des Wiederkommens vergeht. — Das ist Sozialismus." Für einen konservativen Reichstagsabgeordneten aus Jauer schon geradezu eine Verschwendung von „Geist"! Mehr Leben in die Bude brachte die Diskussion, in der weitere edle Seelen ihr Herz ausschütteten. Die Fortschrittliche Volkspartei wurde durch ein Nichtmitglied in den siebten Himmel gehoben. Dieser unberufene Vertreter steht das Heil der Zukunft nur in einer „gesunden liberalen Idee", nachdem er alle Programme durchprobiert und das sozialdemokratische am unpassendsten gefunden hatte. So seicht diese Litannei auch war, mit solchen Ansichten ist in einer dickköpfigen Junkergesellschaft nicht durchzukommen. Der gewesene Reichstagskandidat des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Conze, bezeichnete den Freisinn als das Furchtbarste was es geben kann. Ein Beamter, der freisinnig ist, sollte seinen Posten verlassen, weil er schlimmer sei als ein Sozialdemokrat. Während der Referent glaubt, zur Sozialdemokratie bekennten sich nur „Halb"- und „Ungebildete", meint Conze, deren Zulauf bestehe aus Studierten, die ihre Überstudiertheit anwenden wollten. Der Reichstagskandidat, der angeblich erst während des Wahlkampfes den Weg von den Rechtsnationalliberalen zu den Junkern gefunden hat, bezeichnete den Wahlkampf als ein Theater mit Ringkampfkonkurrenz, die mit Bierseidelwerfen ende. Das Volk braucht kein liberales Wahlrecht, weil es kein Verständnis dafür hat. (Lies: weil die Junkerherrschaft sonst ausgespielt hätte!) Bürgerschaftsmitglied Henk erzählte den Freisinnigen, wer die größten Kartoffeln pflanzt, ein Lehrer Käthe rief die Psalmisten an im Kampf der Germanen gegen das vordringende Slawentum. Dieser Herr verzapfte eigentlich den besten Witz des Abends. Wo der Vorstand aufhört, spinnt der Halbpfaffe weiter. Hauptmann a. D. Huth wiederholte die bekannte Weisheit Prof. Dr. Reutters, und fraß die Juden auf, Generalsekretär Schaper (Kiel) spielte zum Schluß va banque: „Eine Feigheit ist's, daß wir gegenüber der Sozialdemokratie nicht Macht gegen Macht setzen. Taktik ist — Schweinerei. In Kiel ist's mit der Verbrüderung so weit gekommen, daß auch die Sozialdemokraten zu Festessen gehen. Da setzen sich diese elenden Menschen hin und fressen und saufen zusammen." Abgesehen von diesem Bekenntnis einer schönen Seele stellte sich auch hier wieder eine gegenteilige Ansicht heraus. Conze verabscheut die Nationalliberalen und Schaper freut sich über das Bündnis der Stammverwandten bei den Landtagswahlen, wo die Freisinnigen in Schleswig-Holstein den Tritt bekommen. So sah das Theater im Kolosseum aus. Dem freisinnigen Mitläufer wurde genau nach 15 Minuten das Wort abgeschnitten, die Konservativen konnten reden nach Herzenslust. Man kann sich einen Begriff machen, wie es im Urland der Junker in Versammlungen hergeht. Das Indianergeheul gegenüber einem königstreuen, zahmen Freisinnigen war schon kaum auszuhalten. Es waren aber „Gebildete", die dort zusammen kamen.

b. **Dritte Strafkammer** am 1. Februar. Ein Buchhalter L., der als solcher vergeblich Stellung suchte, hatte sich hier als Provisionsreisender niedergelassen und vertrieb Lieferungswerke, d. h. er wollte diese vertreiben. Aber weder er noch sein „angestellter" Unterreisender konnten die Befreiungskriege und die Wunder der Welt an den Mann bringen. Leben muß der Mensch. In höchster Not fertigte er zwei falsche Bestellscheine an, nach denen obengenannte Werke Abnehmer gefunden hatten. Darauf zahlte eine hiesige Buchhandlung je 1,50 Mark Provision. Der Buchhalter wurde anfangs Januar verhaftet und hat sich heute wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Der Staatsanwalt bezeichnet die Tat als ungemein gefährlich, sie bilde einen ständig wiederkehrenden Krebsschaden der Buchhandlungen und erheische strenge Bestrafung. Er beantragte 4 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautet auf 14 Tage Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet. — Des Diebstahls bezichtigt wurde der Arbeiter A. Mit seinen 31 Jahren hat er schon manches Jährchen zwangsweise zugebracht. Erst im Dezember kam er aus dem Zuchthaus, da renommierte er nach wenigen Wochen beim Kesselreinigen, daß er beinahe zwei Goldfüchse hätte erhaschen können, wenn der Betreffende nicht die Hand aufs Portemonnaie gedrückt hätte. Und abends erzählte er einem Zechgenossen beim Eintritt eines Dritten: Das ist der, den ich geneppt habe. Diesem war einige Tage zuvor in der Herberge der Geldbeutel mit 2,40 Mark Inhalt weggekommen. Als Täter konnte nur A. in Betracht kommen. Seine Offenbarung beim Bierglas wird ihm zum Verhängnis. Auf Antrag des Ersten Staatsanwalts wird er zu

1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. — Der 54jährige Handlungsgehilfe E. aus Lübeck hatte einst bessere Tage gesehen. Das ist aber schon lange her. Seit jener Zeit, wo er ein eigenes Geschäft sein eigen nannte, wurde er ein ständig wiederkehrender Gast vor Gericht. Um nicht aus der Gewohnheit zu kommen, unternahm E. einen neuen Trick, der ihn wieder mehrere Jahre ins Zuchthaus bringt. Er suchte sich in der Tabakszeitung eine Stelle als Reisender. Ein Angebot kam aus Lübeck. Daraufhin schrieb er einen tadellos abgefaßten Bewerbungsbrief, in dem er sich als erstklassiger Commis voyageur ausgab, der mit Erfolg verschiedene preußische Provinzen und Mecklenburg bereist habe, und nur bei besten Kunden eingeführt sei. Später könne er sich auch noch mit 45 000 bis 50 000 Mark beteiligen. Der flotte Brief war mit einer früheren Photographie des Angeklagten verziert. Außerdem waren vier Zeugnisabschriften beigelegt. Diese waren ganz und teilweise gefälscht: fleißig, tüchtig, strebsam und pflichterfüllt waren die angedichteten Eigenschaften, die E. nur besonders hervorhob, um ein besseres Fortkommen zu finden. In dem einen flunkerte er vor, daß er in der letzten Stellung 12 Jahre tätig gewesen sei, und diese wegen Todesfall des „Vetters" aufgeben mußte. E. wurde also von einem hiesigen Fabrikanten mit 2000 Mk. Jahresgehalt und 12 Mk. Tagesspesen angestellt. Er erhielt 200 Mark Reisevorschuß und einen Musterkoffer im Werte von 50 Mark. Das Köfferchen war ihm von vornherein lästig, er überließ es einem Gastwirt für gemachte Zechschulden. Mit den 200 Mark lebte E. wie der Graf von Luxemburg. Der Staatsanwalt bezeichnete den Angeklagten als einen mit allen Wassern gewaschenen Betrüger, der, kaum aus dem Zuchthaus entlassen, mit großer Sorgfalt wieder ans Werk gegangen sei. Das Urteil lautet auf drei Jahre Zuchthaus, 1500 Mark Geldstrafe (für je 10 Mark ein weiterer Tag) und fünf Jahre Ehrverlust. — Der Bigamie beschuldigt ist ein Stallschweizer W. aus Ostpreußen. Vor seiner Militärzeit drängte ihn die Braut, endlich mal zum Standesamt zu gehen. Diesen Wunsch erfüllte der 19jährige, bevor er seine drei Jahre abriß. Während dieser Zeit hatte die junge Frau Linderung ihrer Sehnsuchtsschmerzen bei einem andern gesucht. Nachher vertrügen sie sich wieder, dann ging der Ehemann in die Fremde. Er sandte regelmäßig Geld für das Weibchen und den Knaben, doch wurde sein Kommen nicht gewünscht. Wer so behandelt wird, vergißt das heilige Gelöbnis, das der Angeklagte gern gelöst hätte, wenns in seiner „Gegend" — er ist katholisch — statthaft gewesen wäre. Nach zwölf Jahren wollte W. von der Straße runter und seine Ordnung haben. Er führte in Lübeck ein zweites Frauchen heim, mit dem er seit 1904 verheiratet ist. Nun kommt das dicke Ende nach. Das Gericht ließ im weitesten Maße Milderungsgründe gelten und verurteilte ihn zu der niedrigsten Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Beantragt waren neun Monate. — Das Hochofenwerk hatte sich einen feinen Vizewirt für das Junggesellenheim auserkoren, es hatte, um mit dem Staatsanwalt zu reden, den Bock zum Gärtner gemacht. Ein alter Zuchthäusler, von Beruf Schornsteinfeger, hatte für Ordnung zu sorgen. In dem „Junggesellenheim schlief ein junger Österreicher, der von seinen Eltern hundert Kronen in Papiergeld geschickt bekam. Der 20jährige Arbeiter hatte einen über den Durst getrunken, und wollte sich zum Schlafen hinlegen. Da forderte ihn der Vize B. auf, die Barschaft zum Aufbewahren herzugeben, denn er müsse dafür sorgen, daß nichts gestohlen werde. Der junge Mann wollte das nicht. Als er eingeschlafen war, holte B. die Scheine unter der Weste hervor, kramte in den Rocktaschen herum, wo er noch ein Zwanzigmarkstück fand. Es war verdienter Lohn. Um sicher zu gehen, daß das schöne Geld nicht verloren ging, reiste er damit nach Lübeck, wo ihm in der Twiete andere behilflich waren, den Draht auf den Kopf zu schlagen. Als rückfälliger Dieb — neun mal hatte er sich als solcher zu verantworten — wird B. zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Angeklagte erklärte, gezwungenermaßen das Urteil annehmen zu müssen, bezeichnete dieses aber als unverschämt.

Das Opfer des Bramfelder Mordes ein Lübecker? Zu dem Mord am Bramfelder See wird gemeldet, daß der Tote als der 20jährige Sohn des früher in Lübeck wohnhaften Gärtners Boon-Hartsink vom Timmendorfer Strand erkannt worden ist. Der junge Mann, ebenfalls Gärtner von Beruf, war einige Wochen vor Weihnachten in die Fremde gegangen. Er hatte bis Neujahr fleißig geschrieben, dann aber nichts mehr von sich hören lassen. Der Vater hat die Leiche seines Sohnes erkannt. Kopf und Glieder der Leiche fehlten bekanntlich.

Die älteste Einwohnerin Lübecks, Frau Wicke, ist am Freitag im Alter von 100 Jahren und 7 Monaten gestorben.

Arbeiterrisiko. Der auf der Kochschen Schiffswerft beschäftigte Arbeiter Lau fiel am Sonnabend am Deck eines Schiffsneubaues auf eine Schraube und zog sich dabei so erhebliche Verletzungen zu, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 12. bis 18. Januar in den meisten deutschen Städte gegen die Vorwoche etwas gebessert, wenn die Sterblichkeit auch in einzelnen Städten um einige Prozent zugenommen hat. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Städten mit mindestens 75 000 Einwohnern in Altona 10,7, Berlin 12,9, Bonn 13,7, Bremen 16,3, Charlottenburg 12,0, Danzig 17,2, Dresden 14,6, Frankfurt a. M. 12,7, Hamburg 12,7, Kiel 15,6, Köln 15,1, Lübeck 21,9, München 16,1, Stettin 17,1, Wiesbaden 20,2.

fm. **„Rund um die Alster"** betitelt sich eine Ausstattungsrevue, die ab 1. Februar im Hansatheater aufgeführt und die, um es vorweg zu sagen in vorzüglicher Form herausgebracht wird. Das Wesen solcher „Revuen" ist etwa wie folgt. Der moderne, nervöse, abgehetzte Großstädter will — wenigstens in recht ansehnlicher Anzahl — sich im Theater amüsieren und nicht nachdenken. Diesem Geschmack kommen nun diese Revuen entgegen. Es gibt eine fast zusammenhanglose Handlung mit netten Liedern, witzigen Couplets, ein paar sogenannten Schlagern die bald überall gepfiffen und gesungen werden und dann, als Krone, schöne Ausstattung mit Balletts. Selbstverständlich gehören dazu auch hübsche Mädchen in entsprechender Aufmachung d. h. mit möglichster Sparsamkeit im Anzug, oben wie unten. Kurzum es kommt jeder Geschmack auf seine Rechnung. Während bis vor wenigen Jahren als Fabrikationsort der Revuen für Deutschland Berlin in Frage kam, hat sich jetzt Hamburg als neue deutsche Millionenstadt aufgerafft und gezeigt, daß es selbst Stoff genug hat, um nicht mehr Berliner Ware importieren zu müssen. So ist also „Rund um die Alster" eine Hamburger Revue und sie beweist, daß auch das plattdeutsche Milieu gute Wirkungen erzielen kann und nicht nur das schnoddrige Berlinertum. Hauptsächlich tragen dazu aber die Gebr. Wolf bei, die ein Paar Hamburger Hafenarbeiter auf die Bühne bringen und aus ihnen den derben, trockenen Hamburger Humor geradezu glänzend sprechen lassen. Dazu ihre plattdeutschen Schlager mit Verve vortragen. Aber auch die anderen Darsteller waren auf dem Platze so besonders Frl. Lelette Agourt, eine ebenso schöne, wie temperamentvolle Sängerin, Herr John Röver, ein lebhafter und auch stimmlich gut beschlagener Tenor, dann Herr Sascha als amerikanischer Milliardär und schließlich die dicken „kleinen Mädchen". Die vom Chor wie Ballett, alle waren bei der Sache und brachten eine Aufführung zustande wie wir sie lange nicht hier so gesehen haben. Selbst der „Kientopp" und Liliputaner wirken mit. Eines aber muß noch gesagt werden, viele Anerkennung verdienen auch die Herren Gebr. Gollbach für ihr Bemühen dem Lübecker Publikum immer und immer wieder Neues und Abwechslungsreiches zu bieten. Während früher fast nur das Varietee im Hansatheater zur Geltung kam, bringen die Herren Gebr. Gollbach immer wieder neue Abwechslung, von Harry Walden, Otto Reutter pp. bis auf die Schlierseer und jetzt wieder das Operettentheater aus Hamburg.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Vom Flur eines an der Breiten Straße belegenen Geschäftshauses ist am Sonnabend, dem 1. ds. Mts. gegen 8 Uhr abends ein Paket mit 2 Dutzend Dessertmessern mit neusilbernen Griffen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die Dierktion hat auf vielfachen Wunsch für Mittwoch das Rößlersche Lustspiel „Die fünf Frankfurter" auf den Spielplan gesetzt, zudem wieder der einaktige unterhaltende Schwank „Militärfromm" von Moser und Trotha gegeben wird. Als erster Tag aus dem „Ring des Nibelungen" geht am Dienstag „Das Rheingold" in Szene, für das der Alberichdarsteller der Bayreuther Festspiele E. Habich von der Kgl. Oper in Berlin als Gast gewonnen ist.

Travemünde. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins fand gestern — Sonntag — im Lokale des Herrn Dortmund statt. Genosse Mehrlein referierte über „Unser Strafrecht." Der Vortrag fand großen Beifall. Eine kurze, aber recht anregende Debatte knüpfte sich daran, in der Genosse Mehrlein noch einige Erläuterungen über Einzelheiten des Strafrechts gab. Erwähnt sei noch, daß sich — trotz des recht steinigen Bodens — unsere Mitgliedschaft in Travemünde recht herausgemacht hat, es sind jetzt 72 Mitglieder; seit der Gründung unseres Vereins — 1009 — ein recht guter Fortschritt.

Hamburg Streik bei der Hochbahn. Das Fahrpersonal der Hamburger Hochbahn ist Sonnabendmorgen wegen Nichterfüllung von Lohnforderungen in den Streik eingetreten. Am Sonntag wurde eine Einigung erzielt und der Betrieb wieder aufgenommen. — Flüchtiger Bankier. Der an der Rotenbaumchaussee wohnhafte Bankier Herbert Kayser ist aus Hamburg entflohen, nachdem er bedeutende ihm anvertraute Summen unterschlagen und zahlreiche Personen, angeblich um hohe Beträge, beschwindelt hat. Der Untersuchungsrichter hat bereits einen Steckbrief hinter ihm erlassen. Kayser soll ins Ausland gegangen sein.

Hamburg. Die Mörder von der Wendenstraße sind gestern ermittelt und verhaftet worden. Es sind zwei Brüder in jugendlichem Alter. Der jüngere hat noch nicht einmal das volle strafmündige Alter erreicht. Er ist am 28. Mai 1896 in Hamburg geboren und heißt Ludwig Adolf Emil Lengwenus. Sein Bruder Hermann Otto Wilhelm Lengwenus ist am 27. Mai 1893 in Lübtheen in Mecklenburg geboren. Er hat also noch nicht das 20. Lebensjahr vollendet. Die Brüder Lengwenus waren Arbeitskollegen des ermordeten Harnisch in der Fabrik von Ritter am Hammersteindamm. Bei der Nachforschung nach dem Täter wurden sämtliche Arbeitskollegen des H. systematisch verhört und ihre näheren Verhältnisse festgestellt. Dabei machten sich die beiden Lengwenus verdächtig. Beide waren als Taugenichtse und Tagediebe, die allerhand schlechte Streiche verübt hatten, bekannt. Am Sonntag nachmittag wurden sie in ihrem gemeinsamen Logis am Heidenkampsweg vom Kriminalwachtmeister Behrendt festgenommen und einem scharfen Verhör unterzogen. Auffällig war dabei besonders, daß sie, nach den Wirtschaften befragt, in denen sie an jenem verhängnisvollen Freitag verkehrt haben, nur solche Lokale nannten, die sie wohl vor längerer Zeit, aber keinesfalls am Tag vor der Mordnacht besucht haben. In die Enge getrieben, fing der ältere der Brüder dann plötzlich an, still vor sich hin zu weinen. Der Beamte, der nun zu der Ueberzeugung gelangte, daß er die Täter vor sich hatte und daß das Geständnis nicht ausbleiben werde, wartete ruhig den Zeitpunkt ab, wo die Gemütsbewegung des Hermann Lengwenus die Krisis überstanden haben würde. So vergingen volle anderthalb Stunden mit unaufhörlichem Weinen. Dann legten beide zögernd ein uneingeschränktes Geständnis ab. Danach hatten beide Brüder schon mehrere Tage vor dem Verbrechen davon gesprochen, daß sie ihrem Arbeitskollegen Harnisch, sobald er seinen Wochenlohn erhalten habe, das Geld abnehmen wollten. Am Freitag, dem 24. Januar, holten sie H. nach der Lohnzahlung von der Fabrik ab und besuchten mit ihm mehrere Kneipen an der Wandsbecker Chaussee, in der Niedernstraße und in der Wendenstraße, wo sie Wein, Schnaps und Bier durcheinander tranken, was Harnisch alles bezahlen mußte. Nach Angabe der Brüder war H. sinnlos betrunken, während seine Begleiter noch verhältnismäßig nüchtern waren. Sie nahmen ihn unter den Arm und erklärten sich bereit, ihn nach Hause zu begleiten. Als sie auf dem neu aufgeschütteten unbebauten Teil der Wendenstraße angelangt waren, wo die Leiche später gefunden wurde, soll H. in der Trunkenheit zu Boden gefallen sein. Der 16jährige Ludwig warf sich dann auf ihn, schlang den Strick um den Hals des Wehrlosen und versuchte ihn zu erdrosseln. Der Aeltere hat nach seiner Behauptung anfangs seinen Bruder zurückzuhalten versucht, doch gab er bei dem Verhör schließlich zu, daß er dem Opfer die Hände festgehalten hat. Der jüngere Bruder hat dann so lange den Strick zusammengeschnürt, bis H. den Geist aufgab. Dann hat der Sechzehnjährige dem Toten noch einen Hieb mit dem Schlagring versetzt. Davon rührt die Wunde an der Stirn her. Den Schlagring hat der Bursche dabei fallen lassen und bei dem Suchen danach hat er die Leiche umgedreht, weshalb sie auf dem Gesicht liegend aufgefunden wurde. Die Uhr hatte der jüngere Lengwenus dem Harnisch schon vor dem Morde entrissen und nun nahm er ihm den Rest seines Geldes im Betrage von nur 6 Mark ab. Dann entfernten sich beide. — Von den Familienverhältnissen der Brüder weiß man bis jetzt nur, daß die Mutter tot ist und der Vater sich nach Angabe der Burschen in der Nähe von Tilsit aufhält. Sie haben aber keine Beziehungen mehr zu ihm.

Hamburg. Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft. Alle drei Jahre muß sich die Hälfte der 160 Mitglieder der Bürgerschaft einer Neuwahl unterziehen. Und zwar werden von den zur Wahl stehenden 80 Mitgliedern 20 von den Grundeigentümern, 20 durch sogenannte Notable und 40 in allgemeinen Wahlen gewählt. Von den letzteren wählt das Stadtgebiet diesmal 36 Mitglieder und vier Bezirke des Landgebiets je ein Mitglied. Am Freitag fanden die allgemeinen Wahlen statt, die in der Stadt nach dem 1906 geschaffenen Zweiklassenwahlrecht, das mit Proportionalwahl, Listenwahl und allen Schikanen ausgestattet ist, vorgenommen werden, im Landgebiet nach einem für alle Bürger gleichen Zensuswahlrecht. Die sogenannten alten Fraktionen, die 1906 durch Einführung des Klassenwahlrechts den brutalen Wahlrechtsraub begangen haben, hatten diesmal im Stadtgebiet 19, die Sozialdemokratie 10 und die Vereinigten Liberalen (die bürgerlichen Gegner des Klassenwahlrechts) 7 Sitze zu verteidigen. Die Vorschlagslisten aller drei Gruppen für das Stadtgebiet enthielten für diese 40 Sitze insgesamt 125 Kandidaten, sodaß 85 durchfallen mußten. Die Vorschlagsliste der sozialdemokratischen Partei enthielt 17 Namen. Die Träger der ersten acht davon gehörten der Bürgerschaft schon an. Der Wahlkampf wurde seit Wochen sehr fleißig geführt. Die sozialdemokratischen Kandidaten besuchten nahezu sämtliche bürgerliche Versammlungen im Stadt- und Landgebiet, deren Zahl ungeheuer war. Und da überall freie Diskussion gewährt wurde, konnten sie auch in diesen Versammlungen eine eifrige Propaganda für unsere Sache entfalten. Außerdem fand eine große Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen statt. Außer mehreren allgemeinen Flugblättern sind Sonderflugblätter für die Landbevölkerung, für die Beamten und für die Volksschullehrer von der Partei verteilt worden. In den vier Landbezirken hat die Sozialdemokratie diesmal auch eine sehr eifrige Wahlarbeit entfaltet. Die vier ersten Kandidaten der städtischen Vorschlagsliste kandidierten auch im Landgebiet. Und im Landgebiet haben wir diesmal auch ganz ausgezeichnete Fortschritte gemacht. In einem Bezirk kommen wir in die Stichwahl. Im Stadtgebiet haben wir unsere Stimmen von 140 849 (1907) auf 213 806 erhöht, dank dem famosen Klassenwahlrecht aber nur unsere 10 bisherigen Sitze behaupten können. Und zwar sind uns aus der zweiten Klasse 8, aus der ersten 2 Mandate zugefallen, während wir 1907 aus der ersten Klasse 1, aus der zweiten 9 Mandate erhielten. Es wurden wiedergewählt die Genossen Stolten, Krause, Hoffmann, Stubbe, Grünewald, Schaumburg, Schroder und Weinheber und neugewählt Hüffmeier und Winnig. Auch die Liberalen behaupteten ihre 7 Sitze im Stadtgebiet und gewannen einen Sitz, und die alten Fraktionen erhalten wieder ihre 19 Sitze im Stadtgebiet. Aus dem Landgebiet haben die alten Fraktionen, die drei Sitze zu verteidigen hatten, zwei Sitze wiedererhalten; in einem Bezirk sind sie mit den Liberalen in ziemlich aussichtsloser Stichwahl, im vierten Bezirk stehen wir mit den Liberalen in Stichwahl. Die neugegründete Hamburgisch-Konservative Vereinigung hat so wenig Stimmen (11 000) erhalten, daß sie keinen Sitz erhielt; ebenso fiel eine Vorschlagsliste der Frucht- und Gemüsehändler aus. Nicht gewählt ist auch der bekannte „Hamburger-Nachrichten"-Redakteur Hübbe, über dessen blamablen Prozeß kürzlich berichtet wurde. Das Resultat zeigt, daß das Klassenwahlrecht, das geschaffen ist, die Sozialdemokratie auf ewig zu kontingentieren, seine Schuldigkeit getan hat.

Stellingen. Der Konsumverein als Gemeindegläubiger. Die preußische Landgemeinde Langenfelde-Stellingen (weiteren Kreisen bekannt durch den Hagenbeckschen Tierpark) war kürzlich genötigt, eine größere Anleihe aufzunehmen, weil sie ein Wasserwerk, Kanalisation und andere nützliche Dinge mehr geschaffen hatte. Wie sie bei dem Versuche, Geld zu beschaffen, fuhr, erzählen die bürgerlichen Blätter, auch das Lübecker Amtsblatt, die zugleich in der ihnen eigenen „vornehmen" Weise den Vorgang glossieren: „Alle Bemühungen der Gemeindeverwaltung, bei Banken oder Instituten die Summe zu einem billigen Zinsfuß aufzunehmen, waren vergeblich, weil gegenwärtig das Geld zurückgehalten wird. Da erklärte ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter, er könne leicht die gewünschte Summe beschaffen; der Konsumverein „Produktion" habe so reichlich Geld über, daß die Verwaltung gar nicht wisse, wie sie es unterbringen sollte. Und nun geschah das Sonderbare: Nicht nur die sozialdemokratischen Gemeindevertreter stimmten für den Vorschlag ihres Genossen, sondern auch einige andere Gemeindevertreter, die allerdings den Genossen nahestehen, freuten sich, daß die Sozialdemokratie der Gemeinde in so edelmütiger Weise von dem Ueberflusse der Arbeitergroschen gegen gute Zinsen etwas abgeben will. Die Gemeindevertretung hat tatsächlich von der Verwaltung der „Produktion" 500 000 Mk. — gepumpt!" Mit der geschilderten Reglung der Dinge war natürlich beiden Teilen gedient: der Gemeinde, die auf leichte Art ihren Geldbedarf befriedigen konnte, und dem Verein, der für einen Teil der ihm anvertrauten Spargelder eine sichere Anlage fand. Statt sich über das gemeinnützige Wirken der von ihm gehaßten Konsumentenorganisation zu freuen, die einer aufblühenden Gemeinde aus einer Verlegenheit verhalf, aus der privatkapitalistische Geldgeber sie eingestandenermaßen nicht befreien wollten, benutzen die „Anzeigen" also die Tatsachen zum Hetzen.

Kiel. Ein Stellvertreter Gottes und einer, der es werden will. Als ein netter Stellvertreter Gottes auf Erden entpuppte sich der Oberbootmannsmaat Ossenbühn vom Schulschiff „Württemberg". Am 26. Dezember v. J. traf er in Flensburg einen Matrosen, mit dem er früher zusammen an Bord war. Er lud ihn ein, mit in ein Hotel zu kommen, bestellte dort ein Zimmer und verging sich dann in unsittlicher Weise an ihm. Der Matrose hatte sich die Einladung aber etwas anders vorgestellt; er schlug Lärm und lief davon. Der saubere Vorgesetzte wurde vom Kriegsgericht der 1. Marineinspektion wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen zu 43 Tagen Gefängnis und zur Degradation verurteilt. — Wegen Mißhandlung Untergebener stand vor demselben Gericht der Torpedoobermatrose Rösener von der 5. Kompagnie der 1. Torpedo-Division. R. war im November vorigen Jahres stellvertretender Korporalschaftsführer und als solcher Vorgesetzter der Matrosen. Als er eines Tages auf die von seiner Korporalschaft bewohnten Stube kam, war nicht alles so in Ordnung, wie er es wünschte. Er kündigte deshalb den Matrosen an, daß er sie schon noch „lüften" werde. Bald darauf führte er die Korporalschaft nach dem Exerzierschuppen und auf dem Wege dorthin bekamen die Matrosen schon einen kleinen Vorgeschmack. Damit sie „warm" wurden, mußten sie sich andauernd hinlegen. Abends auf der Stube, als die Matrosen Freizeit hatten, wurde das Hinlegen weiter geübt. Zur Abwechslung mußten sie auch unter die Betten kriechen, bis sie tüchtig schwitzten. Ein Matrose bekam heftige Schmerzen in der Seite, später stellte sich heraus, daß er sich einen Leistenbruch zugezogen hatte. Die ganze Geschichte kam erst an das Tageslicht, als dieser Matrose vier Wochen später wegen einer andern Sache ärztlich untersucht wurde. Ein als Sachverständiger hinzugezogener Arzt meinte zwar, eine Bruchanlage hätte bei dem Matrosen schon früher bestanden und der Bruch sei „zufällig" bei dieser Sache herausgetreten. Der angehende Stellvertreter Gottes auf Erden kam mit drei Wochen Mittelarrest davon. — Diese geringe Strafe hindert ihn an seiner ferneren Laufbahn als Vorgesetzter nicht und er kann dann sein vortreffliches Handwerk weiter betreiben. So bekämpft man die Soldatenmißhandlungen. — Moleneinsturz am Nordostseekanal. Am Freitag abend gegen 11 Uhr sind 80 bis 100 Meter der am neuen Eingang des Nordostseekanals belegenen Mole des Kohlenhofes der Reichsmarine ins Wasser gerutscht. Auf der Mole lagern seit etwa einem viertel Jahr mehrere Tausend Tonnen Kohlen. Hiervon ist eine große Menge ins Wasser gestürzt, weiter eine Windmaschine, eine Schiebebrücke und sämtliche Stellagen. Die an der Mole belegenen Leichter konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Dagegen war der Druck der ins Wasser stürzenden Erd- und Gesteinsmassen derartig, daß ziemlich entfernt liegende Prähme losgerissen wurden. Etwa 50 bis 60 Meter der Mole stehen noch, sie weist jedoch starke Risse auf. Es wird daher befürchtet, daß auch dieses Stück ins Wasser rutscht. Angenommen wird, daß die Umfassungsmauer der Mole trotz ihrer Dicke, 2½ Meter, nicht stark genug war, so daß

sie dem Druck der Kohlen nicht standhalten konnte. Arbeiter waren zum Glück zur Zeit des Einsturzes nicht auf der Mole anwesend.

Westerland. Schiffsstrandung. Sonntag vormittag strandete bei der Insel Bock vor Trapsand ein größerer russischer Dampfer von 6000 Tonnen. Das Rettungsboot von Amrum und der Dampfer der Hamburg-Amerika Linie „Adler" sind zur Hilfeleistung bei dem Dampfer liegen geblieben. Schlepper sind von Cuxhaven unterwegs.

Bremen. Raub. In der Sonntagnacht wurde im Empfangsgebäude des Bahnhofs St. Magnus ein Diebstahl verübt. Nach dem ergebnislosen Einbruch in das Dienstzimmer drang ein Mann in die Wohnung eines gegenüber dem Bahnhof wohnenden Stationsbeamten ein und zwang ihn unter Drohungen, die Kassenschlüssel herauszugeben. Mit diesem öffnete der Täter den Geldschrank im Dienstzimmer des Empfangsgebäudes und entwendete eine nicht unerhebliche Summe.

Bremen. Mehr Polizei! Zwölf berittene Schutzleute, ein Polizei-Auto für 11 000 Mk. und 24 000 Mk. für Ausrüstung der Polizisten mit Revolvern hat am Mittwoch die Bürgerschaft auf Antrag der Polizeidirektion dem Senat bewilligt. Der Großkaufmann Ed. Achelis hatte aus Anlaß der im Herbst 1911 wegen des Brauerstreiks entstandenen Straßentumulte den Antrag in der Bürgerschaft eingebracht, der die Polizeidirektion aufforderte, alle Maßnahmen zum Schutze des Eigentums und der öffentlichen Ordnung zu ergreifen. Bekanntlich hatten die Brauereiprotzen eine Anzahl Streikbrecher von der berühmten Firma Hintze bezogen, die durch die Art ihres Auftretens Straßentumulte hervorriefen. Unsere Genossen Rhein und Waigand kennzeichneten die Bereitwilligkeit der bremischen Regierung, auf Wunsch der Unternehmer sofort eine Forderung von 150 000 Mk. für Verstärkung der Polizeigewalt einzubringen, wozu nicht die geringste Notwendigkeit vorliege, in der gebührende Weise. Senator Buff, Herr Achelis und der freiwillige Senatskommissar Herr Hormann verteidigten die Vorlage. So haben Großkapitalisten und Krämer zur Schaffung neuer Gewaltmittel sich die Hände gereicht. — Beim Budget der Armenpflege kritisierte Genosse Blome die ungenügende Bezahlung für Haltekinder. Senator Feuß mußte oft ganz energisch darauf hingewiesen werden, daß er nicht mehr Schulvorsteher sei und Jungens vor sich habe, sondern Männer, die sich von ihm nicht schulmeistern lassen. — Die Vergebung von Staatsarbeiten an tariftreue Firmen hat der Senat zum dritten Male abgelehnt. Genosse Behle verlangte auf Grund des § 66 der Verfassung die Niedersetzung einer sogenannten Konfliktsdeputation. Doch wurde auf Antrag Hormann beschlossen, dies abzulehnen und noch einmal den Senat zu ersuchen, dem Beschlusse der Bürgerschaft beizutreten.

Oldenburg. Neuer Parteisekretär. Genosse Karl Winkelmann in Bremen, bisher Vorsitzender des Böttcherverbandes, ist zum Parteisekretär für Oldenburg-Ostfriesland gewählt. Der bisherige Parteisekretär, Genosse Schulz, ist vom Parteivorstand als zweiter Druckereirevisor angestellt worden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

2. Distrikt 826
Dienstag, den 4. Februar
abends 8½ Uhr
Versammlung
bei Rumohr, Marlesgrube.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Komitee-Sitzung
am Dienstag, d. 4. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52. (822

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur unserer silbernen Hochzeit sagen allen Freunden, Bekannten, sowie meinen Mitarbeitern und dem Chorverein Lübeck unsern besten Dank. (837
Wilhelm Behrens und Frau
geb. Kalbow.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sprechen wir allen, die uns ihre Teilnahme bewiesen, unsern herzlichsten Dank aus. (833
Heinr. Schwerin
und Kinder.

Ein freundlich möbliertes Zimmer ist zu vermieten.
828) Sadowaß aße 8, 2. Etg.

20 elegante Herren-Masken-Anzüge billig zu vermieten.
827) Westhoffstraße 37, part.

3 flotte Damen-Maskenanzüge
zu vermieten. (823
Renfeld, Wariner Straße 18.

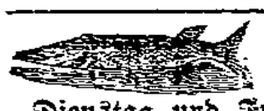
50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (711
Breite Straße 24, part. Flügel.

3 flotte Maskenanzüge.
824) Renfeld, Wariner Str. 18.

2 eleg. Dam.-Maskenanz.,
Korn- u. Mohnblume, zu vermieten.
834) Wakenitzmauer 128, 2. Etg.

Die von mir über die Frau Arendts verbreiteten Gerüchte nehme ich, als nicht der Wahrheit entsprechend, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. (830
Frau Braun.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (838



Achtung!
Dienstag und Freitag morgen verkaufe auf dem Brolingplatz (Holstentor) frische Seefische aller Art, frische Heringe, 10 Stück 10 Pfg. (831
Emilie Boy, Königstraße 51 Marktballensd. 46.
Fernsprecher 1811.

Hamburger Döntjes
829) von Gebr. Wolf, Hamburg
soeben wieder eingetroffen.
Meyer mit den Badehosen
erscheint am Mittwoch wieder.
Musikhaus Rowedder
49 nur Hüxstraße 49

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Travemünde.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 4. Februar
abends 8 Uhr
bei Herrn Dordtmundt.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag.
2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig
832) Der Vorstand.

Sterbekasse „Die Vertrauliche"
Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, dem 5. Februar
pünkt 8½ Uhr abends
im Bürgerverein.
Tages-Ordnung:
Jahresbericht. Rechnungsablage. Entlastung des Vorstandes. Wahlen. Antrag eines Mitgliedes auf Erweiterung des § 13. (821
Der Vorstand.

Neu erschien in billiger Volks-Ausgabe:
Die Kommune
Roman von Paul und Viktor Margueritte.
Uebersetzt von U. Fricke. Mit Einleitung von Herm. Wendel.
Preis: früher broschiert Mk. 5.—, jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.
Der große Heldenkampf der Pariser Kommune, den August Bebel 1871 im Reichstag ein Vorpostengefecht der kommenden proletarischen Revolution nannte, entrollt sich in diesem Buch. Es ist ein Buch, das mitreißt, das aufwühlt, das entflammt! Jeder klassenbewußte Arbeiter sollte diesen Roman, der geschichtliche Treue mit spannender Handlung vereint, kaufen und lesen!
Bei Postversand von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Porto.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München Zeitschrift für Humor und Kunst
Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Zu meinem am Dienstag, dem 4. Februar stattfindenden
Grünkohl-Essen
lade hiermit freundlichst ein.
Restaurant Porter-Meyer
836) Fackenburger Allee 10a.

Neues Stadttheater.
Anfang 7½ Uhr. Dienstag, d. 4. Februar Ende gegen 10 Uhr.
1. Vorstellung im Sonder-Abonnement.
118. Vorstellung im Voll-Abonn. 19. Vorstellung im Dienstag-Abonn.
Der Ring des Nibelungen.
1. Tag
Das Rheingold.
Alberich . . . . . E. Habich vom Hoftheater in Berlin.
Erhöhte Preise.
Anfang 8 Uhr. Mittwoch, den 5. Februar Ende 11 Uhr.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Auf vielfachen Wunsch:
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel von Carl Rößler.
Hierauf:
Militärfromm.
Genrebild von Moser und Trotha.
620) In Vorbereitung: Der Teufel von Mosnar.

Verband d. Maler!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 5. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Stichwahl der Kandidaten zur Generalversammlung.
2. Berichterstattung über die Tarifverhandlungen in Berlin.
3. Verschiedenes.
835) Der Vorstand.

Die
General-Versammlung
der
Sterbekasse der Maurer Lübecks
findet statt
am 6. Februar, abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52
mit folgender Tagesordnung:
Abrechnung.
Wahl.
Verschiedenes.
825) Der Vorstand.

Kalnbergs Variete
839) Ab 1. Februar:
Neue Künstler.
Lachen ist die Parole!
Wochentags Beginn 8 Uhr.
Sonntags Beginn 7 Uhr.

Hansatheater
Heute und folgende Tage:
Anfang 8¼ Uhr. 840
Rund um die Alster mit Gebrüder Wolf.
(Die Vorstellg. 11¹⁰ U. beend.)
Nach d. Vorstell. ab 11 Uhr:
Kabarett Karnevalstimmg. Neues Programm

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 5. Februar 1913
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
18. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solisten die Herren Konzertmeister Szanto (Violine) u. Kolz (Kontrabaß).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu Anakreon . Cherubini.
Psyche, sinfonische Dichtung Cesar Franck.
Phantasie aus La Bohème G. Puccini.
Gondellied . . . . . Joh. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. 841

Bertha Suttner:
Die Waffen nieder!
ist jetzt wieder vorrätig.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schulschreibhefte
mit den neuen Linaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 28. Montag, den 3. Februar 1913. 20. Jahrg.

Wer soll feiern?

Das große Jubeljahr hat begonnen, und alle „Patrioten“ rüsten sich, die Jahrhundertfeier von 1813 zu begehen. Immerhin gibt es ruchlose Leute, die fragen: Wer soll feiern und was soll denn eigentlich gefeiert werden?

Versuchen wir diese Lästermäuler zu stopfen. Wenn anders die geschichtlichen Zeugnisse wahrheitsgetreu berichten, so hat freilich die preußische Monarchie keinen Anlaß, das Jubeljahr zu feiern. Ihr damaliger Vertreter benahm sich im Jahre 1813, wie übrigens auch vor- und nachher, so überaus kläglich, daß selbst die preußischen Historiker darauf verzichtet haben, diesen Mohren weiß zu waschen. Gerade vor einem Jahrhundert im Januar 1813, hat er noch um die Gunst des Landesfeindes gebuhlt, indem er für seinen Kronprinzen um die Hand einer bonapartistischen Prinzeß warb, irgendeiner Beauharnais oder Murat, denn Napoleon selbst hatte keine Töchter, und seine Schwestern waren längst verheiratet. Leider hatte dieser elende Emporkömmling gar keine Empfindung für die Ehre, mit dem erlauchten Geschlecht der Hohenzollern verschwägert zu sein, und daran scheiterte der schöne Plan. Solange er irgend konnte, widerstand der König dem stürmischen Begehren seiner „Untertanen“ nach Krieg gegen Frankreich, und die wegwerfenden Urteile, die damals, wie vordem und nachdem, seine fähigsten Berater, die Stein, Gneisenau, Scharnhorst, über ihn gefällt haben, lassen sich nun einmal nicht in Ruhmeslieder umdichten. Auch nach den Berichten der auswärtigen Gesandten gab der König schließlich nur nach, weil sehr deutlich an seine Ohren klang: Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.

Aber die andern deutschen Monarchen! Je nun, die standen ja Kopf bei Kopf im Jahre 1813 zum Landesfeinde. Nur die mecklenburgischen Herzöge ließen sich schon im Frühling dieses Jahres durch Kosakenschwärme zu teutscher Gesinnung bekehren; die andern alle hielten die Kriegsgefahr bei Napoleon aus. Der sächsische König wurde in der Schlacht bei Leipzig gefangen genommen, und der bayrische König witterte Verrat bereits kurz vor dieser Schlacht. Der ganze übrige Troß flammte erst in teutscher Begeisterung auf, als die Niederlage Napoleons durch seinen Rückzug über den Rhein niet- und nagelfest gemacht worden war. Sind nun wirklich die Ratten, die das sinkende Schiff verließen, so heldenhafte Erscheinungen, daß sie noch nach hundert Jahren gefeiert werden müssen.

Nun freilich das deutsche Heer, das doch mit hoher Genugtuung auf seine Taten im Jahre 1813 blicken darf. Schon gut, aber mit dem Feiern ist es nun doch so eine eigene Sache. Die hessischen Truppen haben bei Lützen und die württembergischen Truppen bei Bautzen mit ausgezeichneter Tapferkeit gekämpft, allein der Feind, den sie in die Flucht schlugen, waren preußische Truppen. Umgekehrt sind die Tage von Großbeeren und Dennewitz Ehrentage der preußischen Landwehr, aber der Feind, den sie besiegten, waren sächsische Truppen. In der Schlacht bei Leipzig hatten diese Truppen das gegenseitige Würgen satt und gingen zu den preußischen Truppen über, aber es geschah unter Bruch des Fahneneides, gegen den Willen des Kriegsherrn, und das neue Deutsche Reich muß doch in seinen Grundvesten erbeben, wenn so etwas noch nach hundert Jahren gefeiert werden soll. Die Sachsen brachen bei Leipzig ihren Fahneneid, weil sie nicht mehr auf ihre preußischen Landsleute schießen wollten, und heute soll der deutsche Soldat sogar auf Vater und Mutter schießen, wenn der Kriegherr so befiehlt.

Kommen die Junker! Die Junker mit der schönen Devise: Lieber drei Schlachten von Jena als ein Oktoberedikt, die Junker, die einen vertraulichen Brief des Freiherrn von Stein an die französischen Unterdrücker verrieten und in dieser erhebenden Art den Reformminister beseitigten, der die Ausbeutung der Bauern durch die Junker ein klein wenig einschränken wollte. Immerhin waren das Siege, die vor 1813 lagen, und dies glorreiche Jahr ist doch glorreich eingeleitet worden durch die kühne Tat eines Junkers, durch die Konvention von Tauroggen, die der General York auf eigene Faust mit den Russen abschloß. Schade nur, daß diese Tat wieder unter Bruch des Fahneneides geschah. Und York verstieß noch ärger als die sächsischen Truppen bei Leipzig gegen die hehrsten Grundsätze des neuen deutschen Reiches. Denn er brach seinen Fahneneid schon, weil er nicht auf die Kosaken schießen mochte, während die Sachsen bei Leipzig doch nur nicht auf ihre eigenen Landsleute schießen wollten.

In der Tat sprach der König seine tiefste Abscheu vor Yorks Tat aus: da möchte einem gleich der Schlag rühren, erklärte er, als er sie erfuhr, und denunzierte den eidbrüchigen General bei Napoleon. Indessen ging es bei der Stimmung der Bevölkerung nicht an, York vor ein Kriegsgericht zu stellen, und so wurde denn das Märchen zu verbreiten gesucht, er habe auf Befehl des Königs gehandelt. Damit ging nun wieder die „kühne Tat“ Yorks flöten, denn wenn er auf Befehl des Königs die Konvention von Tauroggen abgeschlossen hat, so hat er kein größeres Verdienst, als jeder Feldwebel sich jeden Tag erwirbt. Hier ergibt sich also wieder ein ganz verteufeltes Dilemma.

Neuerdings ist es gar lebensgefährlich geworden, Yorks kühne Tat zu feiern. Ein Flügeladjutant des damaligen preußischen Königs, ein Major v. Wrangel, der sich nach dem Zeugnis Boyens als eine Art Lustigmacher seine hohe Würde verdiente, hat behauptet, er habe geheime Befehle des Königs an York überbracht, die den General zum Abschluß der Konvention von Tauroggen berechtigt hätten. Diese Behauptung ist nun von den preußischen Geschichtsschreibern als eitle Mär aufgedeckt worden. Daraufhin erklärte vor einigen Tagen das edle Geschlecht derer v. Wrangel in der „Kreuzzeitung“, daß es jeden, der an den Worten seines verehrten Ahnherrn zweifle, als nichtswürdigen Verleumder betrachten und danach behandeln werde. Aus dem Junkerlichen ins Deutsche übersetzt heißt es: Wer Yorks „kühne Tat“ feiert und dadurch den Major v. Wrangel auf eine Stufe mit dem Freiherrn v. Münchhausen stellt, verfällt im Duell dem Revolver. Man muß gestehen, die Feier des Jubeljahres fängt gut an.

Bleiben die Bürger und die Bauern, zumal der altpreußischen Provinzen, die sich vor hundert Jahren in tapferem Kampfe gegen das drückende Joch der Fremdherrschaft erhoben. Sie hätten wohl Anlaß und Recht, ihre Taten zu feiern, wenn nur das dicke Ende nicht nachgekommen wäre. Alle die herrlichen Verheißungen, die ihnen vor dem Kampfe gemacht worden waren, erfüllten sich nach dem Frieden für die Bauern in der berüchtigten Deklaration vom Jahre 1816, die die Masse der bäuerlichen Bevölkerung in das besitzlose Proletariat stieß, ihre Minderheit um eine Masse Aecker und schweres Geld prellte, für die Bürger in den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und in der infamen Demagogenjagd, die Hunderte und Tausende schwärmerischer Jünglinge im Kerker verkommen ließ oder über die Grenzen des Vaterlandes, die sie mit rüstigen Armen verteidigt hatten, ins Elend der Fremde jagte. Die Bürger und Bauern also könnten das Jubeljahr feiern, aber nicht mit Pauken- und Trompetenschall, sondern im stillen Kämmerlein, mit bußfertigen Gedanken über erlauchte Schwüre, die nicht einmal, wie die Schwüre der Liberalen, in verrinnendes Wasser geschrieben sind, sondern höchstens in verwehende Luft.

Auf die Frage: Wer soll feiern? bleibt keine andere Antwort als: die Sozialdemokratie. Sie verschmäht natürlich allen tosenden Lärm, aber sie darf sich mit gutem Gewissen sagen, daß sie den arbeitenden Massen der Nation jene blinde und blöde Vertrauensseligkeit ausgepaukt hat, die den Landwehren von 1813 so teuer zu stehen gekommen ist. Und wenn es abermals heißen sollte: das Volk steht auf, der Sturm bricht los, so wird um höhere Menschheitsziele gerungen werden, als um die Wiederherstellung zertrümmerter Fürstenkronen und Junkerwappen.

Dr. Franz Mehring in der Chemnitzer „Volksstimme“.

Eine Gemeindevertreter-Konferenz

für das Fürstentum Lübeck fand am gestrigen Sonntag im Lokale des Herrn Evers in Rensefeld statt. Erschienen waren 19 sozialdemokratische Gemeindevertreter, der Zentralvorstand, Genosse Bartels-Altona als Vertreter des Bezirksvorstandes und Genosse Stelling-Lübeck als Reichstagskandidat.

Genosse H. Fick-Stockelsdorf begrüßt die Erschienenen und weist darauf hin, daß von mehreren Seiten der Wunsch laut geworden sei, eine Gemeindevertreterkonferenz einzuberufen. Diesem Wunsche hat der Zentralvorstand entsprochen. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Die Volksschule in der Gemeindepolitik.
   Referent: Genosse J. Stelling.
2. Das Armen- und Waisenwesen.
   Referent: Genosse Bartels-Altona.
3. Verschiedenes.

Den ersten Punkt der Tagesordnung behandelt Genosse Stelling. Derselbe charakterisiert zunächst den Geist, der heute unsere Volksschule beherrscht und der bei jeder Gelegenheit auch im Fürstentum Lübeck in die Erscheinung tritt. Die heutige Volksschule leidet an einer Überfüllung der Klassen. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die für Oldenburg als Höchstzahl der Kinder einer Klasse 70 vorsieht, werden im Fürstentum 80, 100 und mehr Kinder von einer Lehrkraft unterrichtet. Das ist ein Übelstand, dem durch die Gemeinderäte abgeholfen werden kann. Diese Überfüllung führt schließlich zur Prügelpädagogik. Im Gegensatz zu bäuerlichen Auffassungen muß auch auf die Gestaltung der Schulgebäude Gewicht gelegt werden. Die Kinder sollen sich hier heimisch fühlen. Der Lehrplan muß eine zeitgemäße Abänderung erfahren; er ist nicht abgerundet, sofern die Kinder nicht alle Klassen durchlaufen. Unser Streben muß darauf gerichtet sein, der Einheitsschule die Wege zu ebnen. In den Städten, wo höhere Schulen bestehen, sollen die Vorschulklassen verschwinden; sie sind ein Hemmschuh für die Durchführung der Einheitsschule. Redner plädiert sodann für die Errichtung von Förderschulen und, um das zu erreichen, für das Zusammengehen mehrerer benachbarter Gemeinden. Vielleicht läßt es sich auch ermöglichen, daß in kleineren Gemeinden die ersten Anfänge zur Arbeitsschule unternommen werden. Mit allem Nachdruck ist an den Landtag die Forderung auf Unentgeltlichkeit der Lernmittel zu stellen. Bedauerlich

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(Schluß.)

Mit raschen, sicheren Schritten ging er, und das Lachen der guten Tante war das erste, das er hörte. Er hielt nicht ein, wie er sonst wohl getan, um furchtsam zu horchen und die Hand leise und scheu nach der Tür auszustrecken. Mit einem festen Druck öffnete er die Tür, mit festen Blicken sah er auf die Anwesenden. Emma richtete die Augen vor sich nieder, sie schien leidend und erregt zu sein, Sternau saß in nachlässiger Stellung ihr gegenüber und betrachtete sie, während er der Tante zustimmte, die das Wort genommen hatte. — Dieser tugendhafte Gemahl, sagte sie, wird Dir doch keine Launen machen, mein Kind? Leopold begleitet Dich auf Deinem Spazierritt, während dessen werde ich ihn zur Einsicht bringen. Eben zeigte sich Johannes, und ohne ihren Ton zu wechseln oder ihren Platz zu verlassen, fuhr sie fort: Da kommt er ja selbst! Wie ist es möglich, mein Lieber, daß Sie Ihre Schreiberei nicht ändern wollen, wo alles darauf ankommt, daß — Ihr Eigensinn —

Sie stand auf, denn der Doktor ging an ihr vorüber, ohne sie anzusehen, und durch die Tür, welche er offen gelassen hatte, trat der alte abscheuliche Mann herein, der sie hinter sich schloß und, beide Hände auf seinen Krückstock gelegt, sich vor dem Eingange aufstellte.

Sieh mich an, Emma, sagte Johannes inzwischen, als er dicht an seine Frau gelangt war. — Der ungewöhnlich ernste, harte Klang seiner Stimme schreckte sie auf, und ein sonderbares Zittern lief über sie hin, als sie in sein Gesicht schaute. Sie war gewöhnt, ein sanftes Lächeln darin zu finden, gewöhnt, in seinen Augen einen Strahl jener bittenden Gläubigkeit zu erkennen, die alles gut und schön preist, was die Geliebte tut. Statt dessen blickte er, nicht zornig oder streng, aber mit solcher durchdringenden, kalten Bestimmtheit auf sie, daß sie es mühsam ertragen konnte.

Er zog den Brief hervor, schlug ihn auf und reichte ihn ihr hin. Lies das, sagte er, den Arm mit dem Papier ausstreckend.

Sie überflog die Worte; dunkle Röte bedeckte ihre Stirn, er beobachtete ihre Verwirrung. Ist das wahr? fragte er, indem er mit dem Finger auf die bestimmte Stelle deutete. Hast Du ihm das gestanden?

Johannes! — O! mein Gott! rief die junge Frau.

Ich bin Dir gleichgültig. Du trägst Fesseln! fuhr er mit derselben markigen Fassung fort. Sprich, oder schweig, wenn reden Dir zu schwer wird. Du bist noch ehrlich genug, um nicht zu lügen.

Sie sind ein Barbar! schrie die Tante, Sie töten Emma! Mein heißgeliebtes Kind, richte Dich auf. Und wie kommen Sie zu dem Billett? Wer gibt Ihnen das Recht, meine Briefe zu lesen?

Mit edler Hoheit und den überwältigenden Blicken, die so oft schon ihn gedemütigt hatten, rauschte sie an ihm hin, um Emma in ihre Arme zu schließen, aber er vertrat ihr den Weg und wies sie zurück.

Schweigen Sie, sagte er, und behalten Sie Ihren Platz. Was ich mit meiner Frau hier abzumachen habe, verträgt Ihre Einmischung nicht. Diesen Brief habe ich gelesen, Rechenschaft bin ich Ihnen darüber nicht schuldig.

Mir aber sind Sie diese schuldig, fiel Sternau ein, oder gleichviel, wenn Sie meinen, ich hätte sie zu geben. Ich leugne nichts. Da die Sache bis zu diesem Punkte gekommen ist, so können wir sämtlich nichts weiter tun, als in ehrenwerter Weise uns zu verständigen.

Der Doktor kehrte sich von ihm ab. — Es ist wahr, sagte er, ich bin ein unbehilflicher Mann, kein Gegenstand der Liebe für eine schöne, junge Frau. Ich habe nicht bedacht, daß Du ein Opfer brachtest, als Du Dein Leben mit dem meinen verbandest. — Opfer! Fesseln! ich ahnte das nicht, denn ich liebte Dich. Furchtbarer Gedanke! rief er mit äußerster Gewalt sich zur Ruhe zwingend, um seine Bewegung zu verbergen. Die ein Opfer, die in Fesseln, deren Glück wir mit Seele und Leben erkaufen möchten; aber es ist genug. Deine Fesseln fallen ab, Du bist frei!

Emma hielt ihre Hände vor ihr Gesicht gedeckt, jetzt ließ sie diese fallen und starte ihren Gatten entsetzt an.

Ich werde alle Sorge tragen, fuhr er fort, die nötig sind für Dein Wohl. Nur das Kind — das Kind! das bleibt mein, das gebe ich nicht, niemand in der Welt soll es mir nehmen!

Sie hob die Arme zu ihm auf. Seine Augen strahlten, und alle seine Muskeln drückten sich mit eiserner Kraft zusammen.

Erbarmen! habe Erbarmen! sagte sie kaum hörbar — ich bin schuldig — aber Du weißt nicht — o, Johannes! Du weißt nicht. — Nein! es ist nicht wahr; schrie sie verzweiflungvoll auf.

Herr von Sternau, sagte er ungerührt davon, besitzt eine Geldsumme, welche ich Dir zunächst überweise. Sei glücklich mit dem Manne, den Du liebst! sei glücklich!

Höre mich! höre mich! rief sie in Schmerz und Leidenschaft sich an ihn klammernd. Dich liebe ich, Dich allein! Nur Dich, nur Dich!

Ob er sich selbst bewahren wollte, ob er vor einer Schwäche seines Herzens erschrak — er wich vor ihr zurück und machte seinen Arm mit solcher Gewalt frei, daß sie taumelte. — Du hast gewählt, murmelte er, kein Betrug mehr!

Mein Kind! rief die Tante, armes Kind! Er mißhandelt Dich. Das ist verächtlich. Wir gehen, ja, wir gehen alle.

Sie wollte Emma unterstützen, doch noch ehe sie dies vermochte, näherte sich der Onkel von der anderen Seite der leidenden jungen Frau, die mit einem Schrei sich an seine Brust warf. Ich will nicht fort! rief sie. Er hat mich von sich gestoßen, mein Vater! Retten Sie mich — Vergebung! O! mein Gott, Vergebung!

Der Greis legte seine Arme um sie und blickte seinen Neffen an, der unbeweglich blieb, die Lippen zusammengepreßt, die Augen tief in ihre Höhlen zurückgezogen, ein unheimliches Feuer darin.

Soll ich richten zwischen Euch, sagte der Onkel, so werfe ich den ersten Stein auf Dich, Johannes. Warum littest Du es, daß ein Herz, das Dich liebte, von Dir gerissen wurde? Warum warst Du kein Mann in Deinem Hause? Warum zeigtest Du herrschsüchtigen Weibern und Gecken nicht längst so, wie Du es heut tust, daß Du ihre Nähe nicht länger dulden willst? Hebe Deine Augen auf und sieh der Frau hier ins Gesicht, die gefehlt hat und um Vergebung ruft. Sie liebt Dich noch, sonst würde sie Dich jetzt verlassen, wo sie es tun kann. Die alte Liebe ist in ihr aufgewacht, denn Du hast ihr gezeigt, daß Du ein Mann sein kannst. — Du willst nicht? Du schüttelst den Kopf? Du glaubst es nicht? Er stemmte den Arm in die Seite und legte den andern Arm um Emma. Dann wirf sie von Dir, dann versuche es, bis die Reue kommt. Komm mit mir, mein Töchterchen, zieh wieder ein in mein Haus. Setze Dich wieder in die Laube und erwarte ihn, bis er kommt, bis die Sehnsucht ihn treibt, bis sein Herz ihm sagt, daß auch er Vergebung nötig hat, und bis — hier glänzte das Gesicht des alten Herrn wieder voll Schelmerei — bis der Satan ausgetrieben ist! schrie er, indem er den dürren Hals mit dem weißen Kopf gegen die gnädige Tante vorstreckte.

Aber je länger er redete, um so größere Ruhe überkam die junge Frau, und als der alte Oheim ihr seinen Arm reichte, wandte sie sich von ihm zu ihrem Mann, vor dem sie demütig stehen blieb. Johannes, sagte sie leise, ich will tun, was Du befiehlst, denn Du bist mein Herr, und die Schuld ist mein. Du hattest mich verwöhnt mit Deiner übergroßen Güte und Liebe, und als ich vor mir selbst bange wurde, als ich zu Dir fliehen wollte, verstandest Du mich nicht, und ich wähnte mich zurückgesetzt gegen Deine Bücher, Deine Gelehr-

ist es, daß der Provinzialrat die Anstellung von Schulärzten nicht befürwortet hat. Das ist kennzeichnend für den agrarischen Geist, der den Provinzialrat beherrscht. Hoffentlich stellt sich der Landtag auf einen anderen Standpunkt. Zu fordern ist ferner die Einführung von Schulschwestern, die Speisung ungenügend ernährter Schulkinder, die Errichtung von Kindergärten und von Horten für Schulkinder, Bereitstellung von Pantoffeln in der Schule während der nassen Witterung, die Arrangierung von Elternabenden, der Ausbau des Turnunterrichts. Mit dem heutigen, die Volksschule beherrschenden System muß gebrochen werden. In allen Gemeinden muß ein obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für alle der Schule entwachsenen Knaben und Mädchen eingeführt werden. Wenn das aber alles erreicht werden soll, dann muß versucht werden, mehr Einfluß auf die staatliche und kommunale Gesetzgebung zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion weist ein Genosse aus der Gemeinde West-Ratekau darauf hin, daß in dieser Gemeinde eine Überfüllung der Schulklassen vorhanden sei. In Pansdorf besteht heute noch eine Unterklasse mit einer Lehrerin, die 90 Kinder zu unterrichten hat. Dem Ausbau der Volksschule widerstreben hauptsächlich die Agrarier, die sich mit Händen und Füßen gegen jede Mehrausgabe für die Schulen sträuben.

Genosse Hardt-Rensefeld: Das neue Schulgesetz stellt keinen Fortschritt, sondern teilweise sogar einen Rückschritt dar. In Rensefeld leiden wir unter einem Lehrermangel, dem die Regierung nicht abhilft. Die Klassenfrequenz ist dadurch eine sehr hohe; in den untersten Stufen werden 72 Kinder unterrichtet. Seit 1½ Jahren kämpfen wir hier mit der Regierung und den Agrariern um einen zweckmäßigen Platz für ein Schulgebäude. Beschlossen ist jetzt die Errichtung einer 10klassigen Volksschule. Die Notwendigkeit dieser Errichtung geht schon daraus hervor, daß in einem Anbau an die alte Schule (Hintergebäude) das Wasser in dem Vorraum steht und die Fenster, Türen und das Dach undicht sind. Der Aufenthalt in diesem Raum ist für die Kinder direkt gesundheitsschädlich, wie der Kreisschulinspektor selbst feststellte. Trotzdem hat bei der letzten Gemeinderatswahl das Agrariertum Stimmung gegen uns zu machen versucht, indem es darauf hinwies, daß das von unsern Genossen propagierte Projekt eines Schulneubaues die Einwohnerschaft stark belaste. Letztere hat sich aber nicht irreführen lassen.

Genosse Münster-Malente: Wir haben 9 Klassen mit 7 Lehrkräften. Die untersten Klassen haben einige Stunden frei, damit die anderen Klassen Unterricht erhalten können. Es werden häufig mehrere Klassen zusammengelegt und dann 130 Schüler von einem Lehrer unterrichtet. Dabei ist der Raum so klein, daß eine Anzahl Kinder während des Unterrichts stehen muß. Nunmehr sollte eine Klasse angebaut werden, die Regierung aber hat das abgelehnt, man könne den Unterricht anders einteilen. Für eine Privatschule will man einen Gemeindezuschuß bewilligen; hoffentlich hat man auch für die Volksschüler etwas übrig, wie es von uns beantragt wird.

Ein Genosse aus West-Ratekau erklärt, daß ein Bauer im Gemeinderat beim geplanten Schulneubau ausgeführt hat, was brauchen die Kinder der Arbeiter mehr zu lernen, die Hauptsache ist, daß sie später beim Bauern ihre Arbeit ordnungsgemäß verrichten. Dazu aber brauchen sie nicht so viel zu lernen.

Genosse Bartels-Altona ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Redner weist aber darauf hin, daß die fortgeschrittene Hamburger Lehrerschaft in dem Mannheimer System nicht einen Weg zur Einheitsschule erblicke, vielmehr in diesem System einen Hemmschuh sieht. Allerdings ist richtig, daß bei Durchführung der Pläne von Dr. Sickingen die Einheitsschule kommen muß. Der vom Vorredner angeführte Standpunkt eines bäuerlichen Mitgliedes in der Gemeindevertretung ist heute im allgemeinen maßgebend für unsere Bauern. Vielleicht ist es ganz gut, daß die Regierung den Lehrplan festzusetzen hat; sonst sähe es in rückständigen Gemeinden sicherlich noch schlechter aus. Der Staat hat die Schullasten zu tragen, wie ihm auch die Pflicht der unentgeltlichen Unterrichtserteilung aufzuerlegen ist. Der Einfluß der Kirche auf die Schule muß beseitigt werden. Die Elternabende sind warm zu empfehlen. In höheren Schulen kann man sich über zu hohe Klassenfrequenz nicht beklagen, wohl aber bei den Volksschulen.

Genosse Fick-Stockelsdorf geht kurz auf Stockelsdorfer Schulverhältnisse ein. Die Schularztfrage für das Fürstentum ist noch nicht erledigt; hoffentlich gibt der Landtag unserem Antrag auf Einführung der Schulärzte in unserem Fürstentum statt.

Genosse Stapelfeldt-Stockelsdorf bespricht ebenfalls die Schulverhältnisse seiner Gemeinde.

Genosse Nickel-Stockelsdorf bezweifelt, daß die Lehrer in Stockelsdorf bereit sein werden, an Elternabenden teilzunehmen. Sie wittern hinter jedem Fortschritt die sozialdemokratische Gefahr.

Genosse Bull-Ravensbusch glaubt, daß sich im Landtage doch noch eine Mehrheit für die Einführung der Schulärzte im Fürstentum Lübeck finden wird.

Genosse Fick-Stockelsdorf: Als wir in unserer Gemeinde die Fortbildungsschule einführten, konnten wir von unsern Lehrern keinen für den Unterricht im Aufsatz und Buchführung bekommen, sondern mußten diese Lehrkräfte aus Lübeck holen.

In seinem Schlußwort gibt Genosse Stelling auf einzelne Anfragen Auskunft und begegnet einigen gegen sein Referat erhobenen Einwänden.

Den zweiten Punkt: Das Armen- und Waisenwesen behandelt in ausgiebiger Weise Genosse Bartels-Altona. Eine der wichtigsten Punkte in der Gemeindepolitik ist das Armen- und Waisenwesen. Nicht Humanitätsgedanken ausschließlich sollen uns hierbei leiten, sondern soziale Gedanken. Den Armen soll Gelegenheit geboten werden, mit Hilfe der Gemeinde sich wieder empor zu arbeiten. Eigentlich fällt die Pflicht der Armenpflege dem Staat zu. Bis heute aber hat er sich nur zum geringen Teile dieser Pflicht erinnert. In Hamburg allerdings hat er die Armenlasten für das ganze Gebiet übernommen. Die Ursachen der Verarmung liegen zum größten Teil in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Unsere satten Spießbürger reden hierbei allerdings immer von der Selbstverschuldung des Verarmten. Unter Umständen können zwar solche Fälle in geringem Maße vorkommen. Die Ursachen liegen aber letzten Endes wieder in den wirtschaftlichen Verhältnissen. In den Augen der Spießer ist Armut eine Schande. Das hat man auch durch gesetzliche Akte zum Ausdruck gebracht. Man hat den Armen politisch rechtlos gemacht. Den maßgebenden Einfluß in der Armenpflege haben meistens diejenigen, die von Not und Armut keine Ahnung haben. Deshalb meinen sie, die Art der Gewährung der Armenunterstützung müsse abschreckend wirken. Nach einem Rückblick auf die Haltung der Reichsgesetzgebung zur Armenpflege und einer Erläuterung der gesetzlichen Bestimmungen geht Redner auf die Land- und Ortsarmenverbände ein. Mit allem Nachdruck müssen wir uns gegen eine Abschiebung der Armen wenden. Heute wird die Armenpflege in der denkbar härtesten Weise durchgeführt. In erster Linie muß eine vorbeugende Armenpflege geübt werden; man muß die Armut zu verhüten suchen. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit sollen Notstandsarbeiten durchgeführt werden. Wo aus anderen Gemeinden in Not geratene Leute Unterstützung verlangen, müssen wir dafür sorgen, daß die Unterstützung rechtzeitig, ausreichend und in der mildesten Form gewährt wird. Es ist durchaus verkehrt, beim Eintreten eines Notfalles gleich mit Überweisung in das Armenhaus zu operieren, ebenso, wenn die Kinder von der Mutter getrennt werden, vorausgesetzt, daß letztere den Kindern einen Halt bieten kann. Wir müssen versuchen, mehr Einfluß auf die Armenpflege zu gewinnen. Nicht Sparsamkeitsrücksichten dürfen in erster Linie maßgebend sein. Vielfach werden die Armen in Submission vergeben. Recht häufig gleichen heute die Armenhäuser Strafanstalten; wer gegen die Hausordnung verstößt, gegen den kann heute noch auf Haft erkannt werden. Vielfach sind Armenhäuser in direkt verwahrlostem Zustand; auch hier soll abschreckend gewirkt werden. Es muß unser Bestreben sein, dafür zu sorgen, daß die Armenhäuser in ihrem Äußern nicht von den anderen Häusern abweichen. Die Insassen eines Armenhauses dürfen nicht mißachtet werden. Die Beschaffenheit des Armenhauses ist der Gradmesser für das sozialpolitische Verständnis der Leitung einer Gemeinde.

Die Waisenpflege liegt im allgemeinen sehr im argen. Die armen Waisen werden an denjenigen vergeben, der am wenigsten fordert. Häufig sind sie lediglich Ausbeutungsobjekte. Die Waisenpflege muß gut organisiert werden. Es müssen Waisenpfleger eingesetzt werden; hierbei darf man Frauen und Arbeiter nicht ausschließen. Auch eine ärztliche Kontrolle ist zu verlangen. Wir müssen darauf dringen, daß der Einfluß der Kirche auf die Armen- und Waisenpflege gebrochen wird. Zu empfehlen ist das Elberfelder System für die Organisation der Armenpflege. Wir müssen als Sozialdemokraten in den Armen die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung sehen und uns von diesem Standpunkt aus in der Armenpflege betätigen. (Lebh. Beifall.)

Ein Genosse aus der Gemeinde West-Ratekau schildert an der Hand eines Beispiels aus Pansdorf den „Segen" der Abonnentenversicherung des „General-Anzeigers".

Genosse Nickel-Stockelsdorf schildert aus der dortigen Gemeinde die frühere Handhabung der Waisenpflege. Unter allen Umständen müssen wir dafür sorgen, daß Waisen keinen kinderreichen Familien zugeteilt werden.

Genosse Hardt-Rensefeld gibt ein anschauliches Bild von den Armenverhältnissen in Rensefeld. Die Lasten der Armenverwaltung steigern sich ständig.

Genosse Stapelfeldt-Stockelsdorf schließt sich den Ausführungen des Referenten an und vertritt die Auffassung, daß erst im letzten Moment die Armen in das Armenhaus überwiesen werden sollen.

Genosse Gloe-Rendorf: Man soll nicht gleich verarmte Leute ins Armenhaus stecken. Das wirkt deprimierend. Es werden bei uns Witwen mit 3 oder 4 Kindern unterhalten; die fühlen sich wohl dabei, ohne daß sie ins Armenhaus kommen. Auch die Waisenpflege wird bei uns so gehandhabt, daß die Waisen in Familienerziehung gegeben, ohne daß sie als Ausbeutungsobjekte benutzt werden können.

Genosse Stelling-Lübeck schildert an der Hand eines Falles aus Ahrensbök die Handhabung der heutigen Armenpflege.

In seinem Schlußwort geht Genosse Bartels-Altona auf einzelne in der Debatte vorgebrachte Fälle ein.

Im Verschiedenen wurde die Frage erörtert, was zweckmäßiger sei, den Provinzialrat abzuschaffen oder ihn zu reformieren. Die Meinungen hierüber waren geteilt. Gerügt wurde, daß die Berichterstattung über die Gemeinderatssitzungen an das Parteiblatt ein sehr laue ist. Von mehreren Seiten wurde der Wunsch laut, auf einer nächsten Konferenz Steuerfragen zu behandeln. Die übrigen behandelten Sachen waren interner Natur.

Nach einem Resumee der Verhandlungen und einem herzlichen Dank an die Referenten schloß der Vorsitzende, Genosse H. Fick, die anregend verlaufenen Verhandlungen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 1. Februar 1913.

163. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischeinfuhr.

Dr. Quarck (SD.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Druck der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichskanzler noch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß er an dieser Verbilligungspolitik festhalten müsse angesichts des unerträglichen Notstandes, die Maßnahmen seien zwar nur vorübergehend, sollten aber vorläufig für zwei Jahre gelten. Damals bekam die Regierung Sukkurs aus Zentrumskreisen. Es war der Sohn des Kollegen Spahn, der in der Wochenschrift des Zentrums damals diese Maßnahmen als ein außerordentliches Verdienst der Regierung bezeichnete. Wenn die Konsequenzen gezogen würden, so würde das eine Großtat Bethmann-Hollwegs sein. Aber die erste Partei, die die Konsequenzen nicht durchzuführen den Mut gehabt hat, war das Zentrum. Das war im Oktober 1912 und heute ist die Regierung längst wieder unter dem Joch der preußischen Junker genau wie sie sich seinerzeit beim Fleischbeschaugesetz darunter hat beugen müssen. Der Bund der Landwirte erklärte, er werde nicht dulden, daß auch nur ein Steinchen aus der Mauer des Schutzzolls gebrochen werde, und man muß es den Herren lassen, sie haben mit eiserner Konsequenz, die ich der Regierung nur wünschen möchte, ihren Willen durchgesetzt. All die Auseinandersetzungen der Herren von der Rechten über Seuchenschutz, Fleischversorgung usw. sind nichts als Umhüllung für das agrarische Machtgebot; die Agrarier diktieren die Preise, und die Verbraucher haben sie zu zahlen. Am 16. Januar hat die „Deutsche Tageszeitung" noch einmal gedroht und von einer schwachen nach Massenpopularität suchenden Regierung gesprochen, die dem Ruf nach billigem Brot nachgeben und damit die deutsche Landwirtschaft dem Wettbewerb der Kulis ausliefern würde. Aber Kulis als Landarbeiter hereinzuholen, haben die Herren schon sehr ernstlich erwogen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun, der Reichskanzler hat sich ihren Drohungen unterworfen. Es war ein beschämendes Schauspiel in der Kommission, wie die Vertreter der Regierung tiefe Reue und Zerknirschung darüber zeigten, daß die Regierung überhaupt den Mut zu einem solchen Schritt gehabt habe. Die ganzen Erklärungen liefen darauf hinaus: Je eher wir das Gesetz wieder losbekommen, desto froher ist die Regierung, sie denkt nicht mehr daran, bis zum April 1914 durchzuhalten, auf keinen Fall will sie darüber hinausgehen, während doch alle Sachverständigen darin übereinstimmen, daß in Jahresfrist keine nennenswerte Änderung der Zustände erfolgen kann. Dazu kommt, daß man den Städten, die die Zollermäßigung benutzt haben, von Anfang an Schwierigkeiten gemacht hat. Ich erinnere an das Verhalten gegenüber Frankfurt und die unwürdige Behandlung, die Berlin erfahren hat. Der preußische Landwirtschaftsminister hat sich in dieser Zeit der Not sogar die Äußerung erlaubt, die Bevölkerung müsse sich daran gewöhnen, für Lebensmittel, insbesondere für Fleisch, höhere Preise auszugeben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die preußische agrarische Gewaltherrschaft auf das Reich hat bereits zu Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und süddeutschen Bundesstaaten geführt. Ich erinnere daran, daß ein württembergischer Minister sich im Gegensatz zu Preußen sehr stark für die Gestattung der Einfuhr des Gefrierfleisches eingesetzt hat. Freilich ist er inzwischen gegangen worden. Aber sogar mit einem Bundesstaat, dessen Agrarfreundlichkeit über allen Verdacht erhaben ist, hat das Reich Differenzen bekommen, weil in Preußen das extremste Agrariertum herrscht. Mir ist aus süddeutschen Interessentenkreisen eine erbauliche Historie über einen kleinen Handel mitgeteilt worden, den das Reich und Preußen mit Bayern ausgefochten hat. Im Herbst vorigen Jahres teilte die bayrische Regierung der Reichsregierung mit, daß sie eine schon längst gebotene Erleichterung der Vieheinfuhr aus den Schweizer Kantonen Schwyz und Appenzell für nötig halte und vornehmen werde, weil diese beiden Kantone vollständig seuchenfrei seien. Es ist das wieder ein eklatanter Beleg für den Mißbrauch, der mit der Seuchengefahr getrieben wird. Bayern beschränkte sich auf diese Mitteilung und verfügte kurz darauf die Aufhebung der Sperre selbständig. Das war für einen agrarisch regierten Staat eine Maßregel, der die Vernunft wenigstens nicht ganz fehlte. Aber eben deshalb ereignete sich nun folgendes. Einige Tage vorher war auch von der Schweizer Regierung wegen derselben Sache mit Berlin Fühlung genommen worden. Da wußte man natürlich viel besser, was man der Schweiz zu antworten hatte. Herr Delbrück diktierte sofort eine ablehnende Antwort an die Schweiz. Diese Antwort sollte eben abgehen, als aus München die Nachricht eintraf, daß München die Sperre aufgehoben habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hier hatte einmal das extremste preußische Agrariertum sich mit seinem Einfluß auf das Reich bis auf die Knochen bloßgestellt. Es wurden nach München Vorstellungen erhoben. München hätte seine Maßregel etwas früher mitteilen können, beinahe wäre die entgegengesetzte Antwort von Berlin abgegangen und das hätte doch einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Gewiß, diese ganze preußisch-agrarische Wirtschaft macht überhaupt einen sehr schlechten Eindruck auf das Ausland (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staatssekretär wird meine Darstellung ja wohl bestätigen müssen. Bei dieser Vorlage hat die Rechte so staatsfeindlich gehandelt wie nur denkbar, aber dieselben Leute werfen der Sozialdemokratie Staatsfeindlichkeit vor und verlangen Ausnahmegesetze gegen uns. Zu den fortwährenden Stockprügeln auf den Magen will die Rechte nun noch mit neuen Entrechtungsgesetzen gegen das Volk vorgehen. Wissen Sie denn, was Sie in der Verstiegenheit Ihrer Herrschergelüste eigentlich tun. Im alten Rom sorgten die Herrschenden wenigstens dafür, daß Brot und Spiele für die Masse da waren. Die preußischen Agrarier aber wollen das Reich zu Ausnahmegesetzen gegen das Volk bringen, das sie vorher zur Entbehrung und Unterernährung verurteilt haben. Bei diesem Gesetz war die Sozialdemokratie die Regierungspartei und die Konservativen standen in der Opposition. Und zu derselben Zeit hält Herr v. Kardorff im Landtag seine herausfordernde Rede. Hüten Sie sich, daß Sie den Bogen nicht zu straff spannen! Ein solches System muß über kurz oder lang zusammenbrechen. (Lebhafte Zustimmung bei d. Soz.)

Pauly (Ztr.) wünscht Hebung der Schafzucht, zu welchem Zwecke die Schälwälder abgeholzt werden könnten.

Heck (Natl.) bezeichnet den Gesetzentwurf als das äußerste, was zugebilligt werden kann, ohne von unserer Wirtschaftspolitik abzugehen.

Arnstadt (Kons.) tritt für verstärkte innere Kolonisation ein.

Krömer (Vp.): Dem kleinen Bauern muß geholfen werden, vornehmlich durch Aufhebung der Futtermittelzölle. Dann wird die deutsche Landwirtschaft genügend Fleisch produzieren können.

Löscher (Rp.) wendet sich gegen die Einfuhr von Gefrierfleisch, das er als minderwertig bezeichnet.

Damit schließt die Diskussion. Es ist eine Resolution Albrecht und Genossen (SD.) auf Erweiterung der Erleichterung der Fleischeinfuhr auf alle Gemeinden eingegangen. Über sie soll in nächster Woche namentlich abgestimmt werden.

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Konservativen und Antisemiten angenommen.

---

samkeit. Das kränkte mich, das verwirrte mich. Ich bin jung, ich folgte üblem Rat, ich sah, wie viel ich vermochte, wie mein Wille Dir alles galt, und überließ mich meiner Eitelkeit, meine Torheiten; ich — ich wandte mich von Dir in meinem Sinn, ich vergaß mein Kind, ich haßte die, von denen ich wußte, daß sie Dir wert waren und mich tadelten. — Sie hielt einen Augenblick inne, um tief Atem zu schöpfen, dann fuhr sie, den Kopf senkend, fort: Stoß mich von Dir, entferne mich von meinem Kinde, nenne mich Betrügerin, ich will es dulden. Du hast den Glauben verloren, und ohne Glauben gibt es keine Liebe.

Emma! rief Frau von Grabwitz, demütige Dich nicht so entsetzlich, ich kann es nicht länger ertragen. Als meine nächste Verwandte wirst Du doch bei mir Schutz und Hilfe finden.

Eines glaube mir, eines schwöre ich Dir! fuhr Emma fort, ohne darauf zu achten. Nie werde ich bei meiner Tante Schutz suchen, und niemals wird der Mann dort, Sternau, mir nahen dürfen. Ich liebe ihn nicht! das ist mein letztes Bekenntnis, und nun bin ich bereit, jetzt sage mir, daß ich gehen soll.

Johannes hatte die Augen zu ihr erhoben, ihre Blicke trafen zusammen. Plötzlich hielt er sie an seinem Herzen und beugte sich über sie hin. Wähle, sagte er mit tiefer Stimme, wähle — noch ist es Zeit! Aber nein, nein! fuhr er fort, es ist zu spät, Du hast gewählt. Meine Emma, ich glaube wieder!

Viktoria! schrie der alte Onkel, indem er seinen Stock fortwarf. Kommen Sie näher, gnädigste Tante, und freuen Sie sich an Ihrem Werke.

Diese Freude werde ich Ihnen überlassen, erwiderte die Frau Majorin. Ich habe nichts mehr mit einer Frau zu tun, die sich so herabwürdigen kann.

Glückliche Reise! rief der alte Herr, als die gnädige Frau Sternau ihren Arm reichte; aber warten Sie noch einen Augenblick. Die Wechsel, mein lieber Herr von Sternau, welche Sie von meinem Neffen erhalten haben, werden Sie zurückliefern. Geld braucht er nicht; sollte er dessen nötig haben, so bin ich da. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, damit kein Schaden entstehen kann. Und hier noch etwas zu Ihrer Beruhigung, meine liebe, gnädige Frau — hier kommt Marie, die sobald als möglich, ganz wie Sie es befohlen haben, dies Haus verlassen wird, denn ihr Bräutigam will nicht länger warten.

In demselben kam nun Marie eingetreten, und hinter ihnen zeigte sich Peters treuherziges Gesicht mit seinem seligsten Grinsen.

O, Marie! jubelte Emma, die der Freundin entgegeneilte und freudig weinend sie umarmte.

Macht die Tür auf, Peter! rief der Onkel, damit die gnädige Tante hinaus kann, aber Ihr, meine Kinder, her zu mir! Unter Eurem Apfelbaum sollt Ihr sitzen, und seine Blüten sollen Euch ein Brautkränzchen sein. Den dürren Zweig aber brecht ab, und niemals laßt einen neuen wachsen!

Etat des Reichsamts des Innern.

(Zwölfter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel „Reichsgesundheitsamt"

Dittmann (Soz.): Die Redner der Konservativen und der Rechten sind für vermehrten Säuglings- und Wöchnerinnenschutz eingetreten. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung haben ihre Parteien unsere Anträge auf vermehrten Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz aber niedergestimmt. Das charakterisiert die Herren. Sie klagten auch über den Geburtenrückgang. Dabei ist doch die Einschränkung der Kinderzahl, die sich viele Familien auferlegen, nur die notwendige Folge der vom Zentrum und den Konservativen betriebenen Brotwucherpolitik. (Sehr richtig! lks.) Herr Sosinski hat letzthin eine Resolution zur Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter in Schlesien begründet. Was er dort ausgeführt hat, trifft für alle Bergarbeiter zu, vor allem auf die im Ruhrrevier. Ich bitte daher um Annahme unserer Resolution, welche die Untersuchung auf alle Bergarbeiter ausdehnen will. 1904 wurde vom Reichstag bereits ein dringender Antrag des internationalen Vereins zur Reinhaltung der Flüsse dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. Seitdem ist die Verschmutzung der Flußläufe noch größer geworden. Gewiß ist die Frage der Abwässerbeseitigung für die Industrie sehr wichtig, aber sie kann doch nicht durch die restlose Verschmutzung der Flüsse gelöst werden, man wird wie in England, dazu übergehen müssen, besondere Abwässerkanäle zu bauen. Ein typisches Beispiel der Verschmutzung durch Fabrikabwässer und Fäkalien bildet die Wupper, die früher kristallklares Wasser hatte. Seitdem die Elberfeld-Barmer Farbwerke ihre Abwässer hineinleiten, lebt heute kein Fisch, kein Frosch, kein Tier mehr in der Wupper, sie fließt blauschwarz dahin wie Deutschland. (Heiterkeit.) Als nur Industrieabwässer in sie geführt wurden, sagte mein Fraktionsgenosse Scheidemann hier einmal, sie ist so schwarz, daß ein hineingetauchter Nationalliberaler als Zentrumsmann wieder herauskommen würde. (Heiterkeit). Heute, wo auch die Fäkalien von Elberfeld-Barmen hineinfließen, würde er garnicht mehr herauskommen, sondern in dem gelblich schwarzen Schlamm stecken bleiben. Natürlich leiden unter der Verpestung des Wassers auch die kleinen landwirtschaftlichen Anlieger, deren Grundstücke entwertet werden. Handelte es sich um Großgrundbesitzer, so würde man bald Abhilfe schaffen; aber die kleinen Landwirte findet man nur beim Steuerzahlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Wuppertal hat wundervolle landschaftliche Reize, die alljährlich Hunderttausende aus nah und fern heranziehen. Auch diesen wird die harmlose Naturfreude durch das verpestete Wasser vergällt. In ihrer Verzweiflung haben die geschädigten Wupperanlieger jetzt den Klageweg gegen die Elberfelder Farbwerke beschritten. Es sollte aber das Reichsgesundheitsamt im öffentlichen Interesse eingreifen. Übrigens bildet die Wupper nur ein Beispiel. In ganz ähnlicher Weise werden viele Flüsse verpestet und als Krankheitsherde zu einer ständigen Gefahr für die Gesundheit des deutschen Volkes umgebildet. (Bravo!)

Dr. Gerlach (Z.) wünscht reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse des Krankenpflegepersonals. Die Resolution der Sozialdemokraten sei seinen Freunden zu schematisch.

Haegy (Els.): Die Verhältnisse des Krankenpflegepersonals sind in der Tat verbesserungsbedürftig. Es ist auch richtig, daß in den Schwesternheimen Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben wird. Freilich tun die Schwestern ihre Arbeit freiwillig und können jederzeit austreten. Trotzdem würde man sie selbst schützen, wenn man dafür sorgt, daß ein geordneter Dienst in den Kongregationen eingeführt wird.

Laux (Bayr. Bd.) verlangt Maßregeln zur Bekämpfung der Schweinepest.

Präsident des Gesundheitsamtes Bumm: Die Bekämpfung der Schweinepest ist im neuen Viehseuchengesetz vorgesehen.

Antrick (SD.): Meine Ausführungen über die Länge der Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals muß ich voll aufrechterhalten. — Daß junge Mädchen auf Stationen, wo geschlechtskranke Männer liegen, beschäftigt werden, kommt heute noch vor. Ich nenne das eine Schweinerei. Selbst staatliche Anstalten nehmen Pflegepersonal an, das nicht die geringste Vorbildung hat, ja es wird in Inseraten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Kenntnisse in der Krankenpflege nicht erforderlich sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Solange selbst staatliche Anstalten mit so schlechtem Beispiel vorangehen, werden die Verhältnisse schwerlich anders werden. Dann hat noch der Abg. Thoma einen ganz leichtfertigen Vorwurf gegen mich erhoben. Er behauptete, kein Nationalliberaler hätte mich angegriffen, als ich seinerzeit die Anklagen gegen die Krankenhausverwaltung vortrug, vielmehr hätte Prinz Schönaich-Carolath mir sogar für mein Auftreten gedankt. Erstens war Prinz Schönaich-Carolath damals garnicht Mitglied der nationalliberalen Partei, und zweitens bezog ich mich auf Vorgänge im Jahre 1901, wo in der Tat der nationalliberale Abg. Endemann in bezug auf mich das Wort brauchte: Nur immer kühn verleumden, es bleibt schon etwas hängen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich stelle also fest, daß nicht ich, sondern Abg. Thoma frivol gehandelt hat, indem er einen so infamen Angriff gegen mich richtete. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dove rügt die Ausdrücke „frivol" und „infam".

Herold (Z.) erklärt die Errichtung eines Instituts für wissenschaftliche Erforschung der Milchwirtschaft für eine sehr wichtige Aufgabe, die aber nicht das Reich, sondern die Einzelstaaten zu lösen haben.

Koßmann (Z.) klagt über die Verunreinigung der Blies bei Neunkirchen.

Damit schließt die Diskussion.

Über die Resolution wird im Laufe der nächsten Woche abgestimmt werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Patentamt".

Dr. Blell (Z.): Die Warenschutz- und Zeichenabteilung sollte vom Patentamt zu dessen Entlastung getrennt werden. Man sollte auch Patentkammern aus Technikern und Juristen bilden, um einem Dualismus zwischen Patentamt und Gerichten zu vermeiden. Dringend notwendig ist ein größerer Schutz des geistigen Eigentums der Erfinder. In einer ärztlichen Zeitschrift ist ein „durch preußisches Reichspatent geschützter Abtreibeapparat" empfohlen. Sollte tatsächlich das Patentamt einen solchen Apparat patentiert haben, so wäre das eine unerhörte Ungehörigkeit (Lebh. Sehr richtig!), die auch mit dem Patentgesetz in unlösbarem Widerspruch steht, denn Erfindungen, deren Verwertung den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderläuft, sind vom Patentschutz ausgeschlossen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 3¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bauarbeiterverband und Staatsverwaltung.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses fragte am Sonnabend ein konservativer Abgeordneter den Minister der öffentlichen Arbeiten über sein Verhältnis zu den Bauarbeiterverbänden. Der Minister antwortete, daß die Bauarbeiterverbände sich mit Klagen über mangelnden Bauarbeiterschutz an die Behörden gewandt haben. Weder die Provinzialbehörden noch der Minister werden achtlos daran vorübergehen. Aus diesem Frage- und Antwortspiel geht hervor, daß die Konservativen fordern, es mögen von den Bauarbeiterverbänden nicht einmal Klagen über Außerachtlassung der Sicherheitsvorschriften angenommen werden!

Der Landtag in Lippe.

Bei den vier Stichwahlen, die am Sonnabend zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten in der dritten Wählerklasse vorgenommen wurden, siegten die Freisinnigen, sodaß sich der Lippische Landtag nunmehr endgültig wie folgt zusammensetzt: 10 Konservative, 2 Nationalliberale, 7 Freisinnige, 1 Christlichsozialer und 1 Sozialdemokrat. Der Besitzstand der Parteien ist unverändert geblieben.

England.

Eine interessante Nachwahl. In Londondery, in der Provinz Ulster belegen, fanden in voriger Woche Nachwahlen zum Unterhaus statt. Es siegte der Nationalist, der ein strikter Anhänger der Homerule-Bill ist, mit 2699 gegen 2642 Stimmen, die auf einen strammen Gegner der Homerule-Bill fielen. Trotz der geringen Mehrheit von 57 Stimmen verdient dieser Sieg des Regierungsanhängers Beachtung. Denn erstens wird dieser Sieg in der Provinz Ulster erfochten, die sich angeblich mit Händen und Füßen gegen Homerule sträubt. Zweitens hat in Londondery seit 1899 kein Liberaler oder Nationalist mehr gesiegt. Drittens bringen es die Homerulefreunde in der Provinz Ulster damit auf 17 Vertreter im Unterhaus, während die Gegner nur 16 Vertreter haben, und schließlich erfolgte dieser Sieg an demselben Tage, an dem die Großgrundbesitzer des Oberhauses das Homerulegesetz verwarfen, angeblich weil Ulster lieber stirbt, als sich von einem katholischen, irischen Parlament regieren läßt.

Balkan.

Auf erneute Verhandlungen drängen jetzt die Großmächte hin. Deutschland hat hierin die Initiative ergriffen. Auf bulgarischer Seite scheint man sich dem allerdings zu widersetzen; man verlangt dort die bedingungslose Annahme der Bedingungen der Verbündeten. Wie aus Sofia gemeldet wird, hält man dort in maßgebenden Kreisen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für unvermeidlich.

Nach einer letzten Meldung aus Sofia haben die türkischen Delegierten in London den Balkandelegierten zu verstehen gegeben, daß sie zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit seien. Die Balkandelegierten hätten darauf erwidert, daß sie den Vorschlag unter der Bedingung annähmen, daß die Türkei vorher den Bedingungen des Balkanbundes zustimme. Die Antwort der Türkei hierauf sei noch unbekannt.

In diesem Moment äußerster Spannung scheint nunmehr die deutsche Orientpolitik die anerkennenswerte Zurückhaltung aufgeben zu wollen, die sie bisher im allgemeinen beobachtet und die ein Ärgernis für die Kriegshetzer und Säbelrasseler abgegeben hat. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Wangenheim, hat nämlich in einer Rede sich dahin ausgedrückt, daß die Integrität Kleinasiens ein „noli me tangere" (rühr mich nicht an) für die deutsche Orientpolitik bilden müsse. Das kann, wenn es anders einen Sinn haben soll, nur dahin ausgelegt werden, daß Deutschland sich mit den Waffen widersetzen werde, wenn andere Mächte kleinasiatisches Gebiet an sich reißen wollten. Dieses Pronunziamento ist hauptsächlich an Rußland gerichtet, das wiederum mit dem Einmarsch seiner Truppen in Kleinasien gedroht hat; indessen müssen auch England und Frankreich es als gegen sich gerichtet betrachten. Ein treibendes Element für diesen Heraustritt Deutschlands aus seiner Reserve scheint Italien gewesen zu sein, dessen leitende politische Kreise um jeden Preis verhindern möchten, daß die Inseln im ägäischen Meer in die Hände Griechenlands fallen; denn das würde bedeuten, daß die Ententemächte, also Rußland, England und Frankreich, wirtschaftlich von Kleinasien Besitz ergreifen würden. Darum wird Italien energisch die Politik Deutschlands unterstützen, welche dies verhindern will, so heißt es in der italienische Presse. Damit ist plötzlich der schneidende Gegensatz der Interessen aufgetan, der die beiden Mächtegruppen in Kleinasien von einander trennt. Mit allem Nachdruck muß demgegenüber betont werden, daß Deutschland in Asien auch nicht das geringste verloren hat. Und wenn die „klugen" Diplomaten sich hier Seitensprünge erlauben sollten, dann muß das werktätige Volk mit allem Nachdruck seine Stimme erheben.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag wird in der Woche vom 24. August bis 30. August in Jena stattfinden. Auf die Tagesordnung wird u. a. die Steuerfrage gesetzt werden, für die zwei Referenten bestellt werden sollen. Der Parteiausschuß, der am 31. Januar in Berlin tagte, hat sich in allen diesen Fragen den Vorschlägen des Parteivorstandes angeschlossen.

Das Reichsverbandsflugblatt Nr. 174. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wird seinen Gläubigen zur Abwechslung wieder einmal etwas über die „Verelendung der Massen" vorsetzen. In dem neuesten Flugblatt dieses Verbandes (Nr. 174) werden nach der in die Reichsverbandspresse lanzierten Notiz die „irrigen Anschauungen, Verdrehungen und Übertreibungen der sozialdemokratischen Presse von einem hervorragenden Volkswirt an der Hand der neuesten Statistik widerlegt". — Damit hätte der Reichsverband, wenn er Erfolge erzielen möchte, nicht in einer Zeit der Teuerung kommen dürfen, wie die jetzige!

Die Zündhölzer werden noch teurer.

Erst im August 1912 erhöhten die Zündholzfabrikanten die Streichholzpreise und zwar um 10 Mark für 1000 Pakete. Diese Verteuerung setzte sich auf dem Wege über die Zwischenhändler natürlich in immer größer werdendem Maßstabe durch, der Detailverkaufspreis ging teilweise erheblich über 60 Pfennig für das Paket hinaus. Jetzt wird, wie schon mitgeteilt, bekannt, daß in einer in Berlin stattgefundenen Versammlung der deutschen Zündholzfabrikanten beschlossen wurde, wieder eine Preiserhöhung von 5 Mark vorzunehmen! Behauptet wird natürlich wie immer, daß es sich hier nur um eine halbwegs ausreichende Deckung der gestiegenen Selbstkosten handelt. Warum versuchen nicht die deutschen Zündholzfabrikanten durch eine Verbilligung ihrer Produktion den Verbrauch anzuregen? Genau so wie die Schnapsbrenner an der hohen Besteuerung ihres Produktes immer das größte Interesse haben, weil dabei am meisten für sie abfiel, ebenso haben sich die Zündholzfabrikanten unter der Streichholzsteuer recht häuslich eingerichtet! Als im Januar 1911 die Fortschrittliche Volkspartei im Reichstage eine Interpellation einbrachte, welche die Aufhebung des Zündwarensteuergesetzes verlangt, wehrten sich mit Händen und Füßen gegen die Aufhebung die — Zündholzfabrikanten! Und worin hat das seinen Grund?

Die Bitterkeit der Steuerlast ist durch die Regierung den Zündholzleuten reichlich versüßt. Die Zündholzfabrikanten haben bis 1909, als die Streichholzsteuer eingeführt wurde, dauernd unter Ueberproduktion gelitten. Die Regierung schlug nun den Fabrikanten mit ihrem Entwurf die Kontingentierung vor. Nach Inkrafttreten des Gesetzes gründeten die Unternehmer sofort ein neues Streichholzkartell. Einige Außenseiter kümmerten sich aber nicht darum, das Kontingent war ja groß genug, um alle Fabriken zu befriedigen, sie produzierten frisch drauflos und machten mit ihren ringfreien billigeren Streichhölzchen das beste Geschäft. Inzwischen ging der Verbrauch an Streichhölzern dauernd stark zurück. Früher verbrauchte jeder Deutsche 6—7 Streichhölzer, jetzt nur noch drei. Das war die Zeit als die Fabrikanten sich verstaatlichen lassen wollten.

Am 6. Juni 1911 wurde das Zündholzsteuergesetz reformiert, der jährliche Produktionsumfang, das Kontingent wird seitdem durch den derzeitigen Verbrauch bestimmt und nicht mehr durch den Jahresverbrauch, wie er vor der Steuer üblich war. Der Streichholzverbrauch ist ja um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen. Bei dieser neuerlichen Kontingentierung wurde nach dem bewährten Muster der alten Branntweinsteuergesetze festgelegt, daß jede Fabrik pro Kiste Streichhölzer 150 Mark Steuersatz zu zahlen hat, soweit sie nicht das ihr zugebilligte Produktionsquantum überschreitet. Geschieht das doch, so muß für jede Kiste 180 Mark Steuer, also 30 Mk. mehr bezahlt werden. Dieser steuergesetzliche Zustand, der die Grundlage für eine Liebesgabe darstellt, ist bis 1919 festgelegt. Verständlich wird so, daß in der schon genannten Versammlung der deutschen Zündholzfabrikanten so eifrig betont wurde, daß im laufenden Betriebsjahre eine nennenswerte Steigerung des Absatzes nicht zu erwarten sei. Deshalb könne auch eine Erhöhung des Kontingentes vorläufig nicht in Frage kommen.

Bleibt das Streichholzkontingent niedrig und steigt der Bedarf — was schon durch den jährlichen Zuwachs Deutschlands von 800 000 Menschen eintritt — so reguliert sich bald der Preis nicht mehr nach den 150 Mark Steuern pro Kiste Streichhölzer, sondern nach der Summe von 180 Mark. Die Produktion von kontingentierten Streichhölzern trägt dann pro Kiste dem Fabrikanten tatsächlich 30 Mark Liebesgabe. In dieser Richtung der doppelten und dreifachen Auspowerung der Streichholzverbraucher liegt auch die greifbare Ursache zu den fortgesetzten Preiserhöhungen!

Patriotische Kellnerinnen-Ausbeutung.

Die Patrioten rüsten zur Jahrhundertfeier der Völkerschlacht bei Leipzig, allwo der große Steinklotz, Völkerschlachtdenkmal genannt, im Oktober ds. Js. eingeweiht werden soll. Um das Jubiläumsjahr würdig zu begehen, hat man u. a. auch eine große Ausstellung, die Baufachausstellung, veranstaltet, die im Mai eröffnet werden soll, natürlich versehen mit vielen Bierhallen, um den patriotischen Durst löschen zu können. Damit aber dies vaterländische Beginnen auch den kapitalistischen Gesellschaftsanstrich erhalte, sind die Heben, die die teutschen Humpen kredenzen sollen, unter einen Vertrag gestellt, der ganz und gar in den Rahmen des patriotischen Schwindels paßt. Wir wollen ihn, da er kein unübles Kulturdokument unserer Zeiten darstellt, hier ganz abdrucken. Er lautet:

„Geschäftsordnung und Abkommen
zwischen Herrn Baumeister Georg Kühn und Herrn Oskar Scherff in Wahren bei Leipzig, Bureau: Mühlenstraße Nr. 15
und
Fräulein ....., geboren am .....

Engagement ab 1. Mai 1913 bis auf weiteres, ev. 31. Oktober 1913.

Engagiert als: Kellnerin für Ausschank „Franziskaner" auf der Internationalen Baufach-Ausstellung Leipzig 1913.

Kleidung: Schwarzer Rock, Hemdenbluse, weiße Schürze, schwarzer Selbstbinder, Haar auf der Seite gescheitelt.

Lohn: Keinen.

Kost: Keine. Wohnung: Keine.

Kündigung: drei Tage.

Zu melden: Bureau von Baumeister Georg Kühn in Wahren, Mühlenstraße 15.

Einzutreffen: Am 30. April 1913 früh 9 Uhr, eventl. auf Verlangen in der Zeit vom 1. April bis 30. April 1913; deshalb stets 8 Tage vor dem 1. April Aufenthaltsort angeben.

Jeder Anordnung des Herrn Kühn oder des Herrn Scherff oder deren Stellvertreter ist unbedingt Folge zu leisten.

Alles Rauchen innerhalb des Betriebes ist untersagt.

Während der Geschäftszeit ist es verboten, sich zu den Gästen zu setzen.

Die Kellnerinnen haben sich untereinander mit Sie anzureden.

Für jede Kellnernummer sind 50 Pfg. zu hinterlegen, welche bei Vertragsauflösung zurückerstattet werden. Verlorene Nummern müssen ersetzt werden.

Jede Kellnerin hat täglich früh 30 Pfg. Bruchgeld abzuführen.

Die Handservietten müssen gegen Hinterlegung von 50 Pfg. pro Stück bei der Wäschemamsell jeden Tag geholt und bei Geschäftsschluß wieder abgeliefert werden.

Bei Vertragsabschluß sind als Garantie für pünktliches Eintreffen und Angaben des Aufenthaltsortes 15 Mk. (fünfzehn Mark) zu

hinterlegen, welche bei Vertragsauflösung zurückgezahlt werden.

Die Kellnerinnen haben das ihnen zugeteilte Revier in peinlichster Ordnung zu halten, abends nach Schluß die Tische abzudecken, Stühle hochzustellen, ferner sich morgens beim allgemeinen Reinigen der Menagen und sonstigen auf den Tisch gehörigen Gegenständen zu beteiligen, sowie Tische und Stühle von Staub zu befreien. Diese Arbeit muß jedoch früh ½9 Uhr laut Ausstellungsvertrag fertig sein.

Jede Kellnerin hat sich auf ihre Kosten eine Ausstellungs-Dauerkarte zu lösen, welches durch Vermittelung der Herren Kühn oder Scherff zu geschehen hat. Der Betrag hierfür ist bei Vertragsabschluß zu entrichten.

Jede Kellnerin hat genügendes Wechselgeld resp. Barbestand mitzubringen, da nur gegen bare Kasse Waren abgegeben werden.

Jede Zuwiderhandlung zieht sofortige Entlassung ohne Lohn oder sonstige Entschädigung nach sich.

Alle Nebenabmachungen sind ungültig.

Wahren-Leipzig, am . . . .

Unterschrift der Arbeitgeber: . . . .

Unterschrift des Arbeitnehmers: . . . .

Lohn keinen, Wohnung keine, Kost keine; dafür aber 15 Mk. anzahlen für die Ehre, den teutschen Patrioten teutsches Bier kredenzen zu dürfen. Dazu Bruchgeld zuzahlen, gleichviel ob etwas zerbrochen wurde oder nicht. Und vor allen Dingen: die Kellnerinnen müssen sich von ihrem Gelde eine Ausstellungskarte kaufen, sie, die auf dem Ausstellungsplatze ihrer Arbeit nachgehen müssen. Wo sollen sie denn das Geld zu alledem hernehmen, wenn sie ehrlich und anständig bleiben wollen? Das alles kümmert die Prozentpatrioten nicht, für die ja der ganze Jubiläumsrummel nichts weiter ist als ein profitables Geschäftchen! — Und das zetert dann in seinem Klübchen über die Unsittlichkeit des Volkes.

Soziales.

Die wirtschaftliche Lage des Krankenpflegepersonals vor dem Reichstage. Bei den Beratungen zum Reichshaushaltsetat (Reichsamt des Innern) wurde auch wieder einmal die Lage des Krankenpflegepersonals aufgerollt. Es war dies nicht das erstemal, daß sich der Reichstag mit dieser Materie zu befassen hatte. Schon in den Jahren 1900/03 wurden die Mißstände gegeißelt. Die damals auf diese Anträge von dem Regierungsvertreter gegebene Antwort bestritt zum größten Teil das Bestehen der beregten Uebelstände; er versprach jedoch, wenn tatsächlich solche vorlägen, Abstellung. Die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die zu diesem Antrag das Wort nahmen, versuchten hingegen die angeführten Verhältnisse als übertrieben hinzustellen.

Nach nunmehr rund 12 Jahren mußte bei den diesmaligen Beratungen selbst der Vertreter der Regierung Mißstände zugeben. Eine amtliche Erhebung bot ein einwandfreies Anklagematerial gegen die Regierungsbehörde. Arbeitszeiten bis zu 15 und 16 Stunden sind danach keine Seltenheit. Es konnten sogar an der Hand der amtlichen Statistik Arbeitsleistungen bis zu 40 Stunden einschließlich der Nachtwachen konstatiert werden. Die völlig unzureichende dienstfreie Zeit, ebenso die mangelhafte Fürsorge der im Diensterwerb unfähig gewordenen Personen bildet ein weiteres Kapitel dieser Statistik. Und die ungenügende Entlohnung verursacht den häufigen Wechsel des Personals. Dazu kommen die skandalösen Zustände im Wohnungswesen. Daneben erfuhren die Gesundheitsverhältnisse des Personals eine besondere Berücksichtigung. An der Hand einwandfreier Enqueten konnte konstatiert werden, daß die Arbeitskraft einer Krankenpflegeperson durchschnittlich nach 8½ Jahren vollständig aufgebraucht ist. Diese wuchtigen Anklagen zwangen die Reichsregierung, zuzugeben, daß tatsächlich an das Krankenpflegepersonal besonders hohe Anforderungen gestellt werden, daß der Beruf mit vielen Entbehrungen und Entsagungen verbunden sei. Eine starke Arbeitsüberlastung liege vor und das Reichsgesundheitsamt habe bereits Vorschläge gemacht, die eine Verbesserung der Verhältnisse herbeiführen können. Der Regierungsvertreter betonte jedoch im gleichen Atemzuge die Schwierigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung.

Ist nun auch durch die Anerkenntnis der Regierung die Frage der Verbesserung der Lebenslage des Krankenpflegepersonals ins Rollen gekommen, so ist doch zu befürchten, daß bei den meist sehr lange währenden Erwägungen der Reichsregierung noch eine geraume Zeit vergehen wird, ehe man sich zu eingehenden Reformen entschließt. Die Regierung zu zwingen, auf den Weg zur Verbesserung der Verhältnisse vorwärts zu schreiten, ist aber Aufgabe des Personals selber. Nachdem im Reichsparlament die Frage aufgerollt ist, darf es keine Ruhe für die Berufsangehörigen geben, bis eine vollständige Beseitigung der Mißstände herbeigeführt worden ist. Hoffentlich erkennt das Krankenpflegepersonal insgesamt diese Notwendigkeit an und kämpft geschlossen mit den bereits in ihrer beruflichen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammengeschlossenen Berufsgenossen um Verbesserung der eigenen Lage.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Major zu Gefängnis verurteilt. Vor dem Kriegsgericht der 2. Division in Stettin wurde am Sonnabend gegen den Major Hirlekorn vom 2. Pionierbataillon in Stettin wegen wissentlich falscher Anschuldigung verhandelt. Major Hirlekorn wurde zu zwei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Die Verhandlung sowohl wie die Urteilsbegründung erfolgten in nichtöffentlicher Sitzung.

Aus Nah und Fern.

25 000 Mk. Schadenersatz. Eine bemerkenswerte Entscheidung traf das Landgericht Ravensburg. Es verurteilte auf die Klage der [illegible] Chemnitz die Stadtverwaltung von Buchau, deren Beamter einst über eine [illegible] kurz vor deren Zusammenbruch günstige Vermögensauskünfte erteilte, zu einem Schadenersatz von 25000 Mk.

20 Jahre Zwangsarbeit für eine Muttermörderin. Die 20 Jahre alte [illegible] Alleigre aus Annecy, die in der Nacht vom 24. zum 25. Februar v. J. ihre Mutter ermordete, weil diese sie hindern wollte, als Novize bei den Schwestern der „unbefleckten Empfängnis" einzutreten, wurde vom Schwurgericht unter Zubilligung mildernder Umstände zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Sie hatte, um die Spuren des Muttermordes zu verwischen, einen Brand [illegible].

Ein [illegible] Überfall von unerhörter Frechheit [illegible] in Paris ab. [illegible], der [illegible] Franken eingekassiert hatte, wurde von einem ihn überholenden Mann überfallen, der ihm eine Handvoll Pfeffer in das Gesicht streute. Die Verwirrung des Bankboten benutzten die beiden Räuber, um ihm die Ledertasche zu entreißen und damit zu verschwinden. Die beiden Gauner konnten trotz sofortiger Verfolgung nicht eingeholt werden.

Gattenmord. In Rubitz erdrosselte der Arbeiter Weiser seine Ehefrau und knüpfte die Leiche an einem Baume auf, um Selbstmord vorzutäuschen.

Schwere Kesselexplosion. In einer Fabrik in Sosnowice fand eine Kesselexplosion statt. Neun Personen erlitten schwere Brandwunden, sechs von ihnen sind tödlich verletzt. Einer der Verletzten ist bereits gestorben.

Durch einen Sprengschuß wurde auf dem Hermannsschacht bei Helfke ein Bergmann getötet.

Autounglück. In der Nähe von Großenhain fuhr bei einer schweren Kurve ein von Dresden kommendes Automobil gegen eine Telegraphenstange, überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Der Chauffeur Wacker und der Monteur Berndt wurden schwerverletzt dem Krankenhause zugeführt, wo Berndt inzwischen gestorben ist. Wacker dürfte ebenfalls nicht mit dem Leben davonkommen. Die beiden Mitfahrer erlitten nur unerhebliche Verletzungen.

7 Arbeiter verschüttet. Bei der Ausführung von Küstenschutzarbeiten bei Rottingdean in der Nähe von Brighton sind durch Felsrutsch sieben Arbeiter verschüttet worden. Zwei wurden dabei getötet und drei verletzt.

Ein bedeutsames Ereignis! Erde, Wasser, Feuer, Luft, alles hat der Mensch bezwungen und sich dienstbar gemacht. Die Telegraphie ist drahtlos, ganze Häuser sind transportabel und Hundediners sind möglich geworden. Was bleibt dem nimmer ruhenden Geiste nun noch übrig? Gibt es noch etwas, wodurch er die Menschheit die hellste Verwunderung abnötigen kann? Wo kreucht noch ein Menschlein herum, das sich brüsten kann, noch nicht am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt zu sein? Halt, erbarmungswürdiger Zweifler! Nur ein Mensch? Viertausend ernste Gelehrte haben sich zusammengetan, um etwas Neues, Großes, wahrhaft Bedeutendes zu leisten. Und zwar auf kirchlichem Gebiet. Wie? Soll etwa Rom zum Sitze einer Aktiengesellschaft werden? Das ist keine Eerrungenschaft, denn dieser Gedanke liegt ja schon lange nahe. Nur langsam. Der Kirche soll im Gegenteil etwas genommen werden, und zwar das, was sie zu einem einträglichen Geschäftsbetrieb notwendig gebraucht: die Hölle. Viertausend „ernste" Bibelforscher versammelten sich in Washington, um — vielleicht nach jahrzehntelangen „Studien" — einen weltbewegenden Schritt zu tun. Viertausend sind zu der gewiß schwierigen Erkenntnis gekommen, daß es dem menschlichen Gehirn unmöglich ist, die Lehre von der Schaffung der höllischen Folterkammer durch ein Wesen voll unendlicher Liebe zu verdauen. Und diese tapferen Viertausend haben folgende Resolution einstimmig beschlossen: „Wir verwerfen rückhaltlos als völlig unbiblisch die Lehre von einem Orte oder Zustand eines buchstäblichen „Feuer- und Schwefelsees" für die Qual der Gottlosen; und ferner glauben wir auf Grund vieler persönlichen Zeugnisse, daß die große Mehrzahl der Geistlichen aller protestantischen Richtungen insgeheim die „Höllenfeuertheorie" verworfen hat, daß sie jedoch aus vermeintlich guten Gründen gezögert hat, ihren Gemeinden dies mitzuteilen; und wir glauben ferner, daß man aus diesem Grunde Tausende und wohl Zehntausende dem Zweifel oder dem Unglauben in die Arme geworfen hat." Ein Hosianna diesem „bedeutsamen Ereignis", das einen sehr weltlichen Konkurrenzkampf in die verschiedenen Kirchengemeinden tragen wird. Ein Heil den viertausend frommen Männern, die den ungewollten Mut haben, über göttliche Lehren zu beraten wie über nicht mehr ganz zugkräftige Statuten eines halbverkrachten Vereines. Es lebe der Ruf: Nieder mit der Hölle! — denn er wird gerade in Rom mit der größten Unruhe vernommen werden. Und dann welch ein weites Feld der schönsten Betätigung wird da allen „ernsten" Gottesmännern geöffnet. Nach der Washingtoner Sitzung zu schließen, haben diese Bibelforscher und Geistlichen sehr viel freie Zeit. Warum also nicht auch gleich einen Kampfruf gegen die Höllen des Proletariats in den Bergwerken, in denen giftige Gase jeden würgend empfangen, und gegen die Fegefeuer in den Glashütten und Fabriken, in denen Arsendämpfe und fressender Staub langsam, stückweise morden? Warum keine Resolutionen gegen die „Schwefelseen" in den chemischen Industriebezirken, in denen — grauenhafter als sonstwo — in jedem Winkelchen Frau Sorge hockt, furchtbar in ihr Bündnis mit dem chemischen Tod? Oder — sollten diese Höllen und Schwefelseen etwa nicht — unbiblisch sein?

Zum Kapitel der ländlichen Polizeigewalt in Ostpreußen. Im Dorfe Kruglanken, Kr. Angerburg, erhielt am 23. Januar ein Landarbeiter, der mit seiner Tochter und deren Ehemann, einem Schmied, bei Tische saß, den Besuch des Gemeindevorstehers und eines Gendarmen. Der Gendarm erklärte die beiden jungen Eheleute für verhaftet, weil sie der Brandstiftung verdächtig seien. Einen Haftbefehl konnten die Beamten nicht vorzeigen. Die junge Frau wies darauf hin, daß sie sich von ihrem 3 Monate alten Säugling, den sie an ihrer Brust nährt, nicht trennen könne. Die Beamten erwiderten: „Dann nehmen Sie das Kind mit." In Begleitung des Gendarmen und des Gemeindevorstehers wanderten die jungen Eheleute mit ihrem 3 Monate alten Säugling, der notdürftig in ein Tuch gewickelt war, zum weitentlegenen Bahnhof. Hier beauftragten die Beamten einen Arbeiter, der einen Begleitbrief an das Amtsgericht in Angerburg erhielt, das Ehepaar mit dem Kinde per Bahn nach Angerburg zu transportieren. Gegen 2 Uhr langte der Transport dort im Amtsgerichtsgebäude an. Der Mittagspause wegen war hier das Bureau geschlossen. Die Leute mußten mit dem inzwischen sehr unruhig gewordenen Kinde bis 3 Uhr im Hausflur des Amtgerichts stehen. Als dann Beamte erschienen, wurde jeder der Verhafteten in eine Zelle gesperrt, die Frau mit ihrem Kinde in eine mit einer Verbrecherin belegten Zelle. Endlich 7 Uhr abends war es gelungen, den Amtsrichter herbeizuholen, dieser ließ sofort die verhafteten Eheleute zum Verhör vorführen. Der Transporteur vermochte ihm nur den Brief des Gemeindevorstehers aber keinen Haftbefehl zu übergeben. Nach kurzem Verhör, bei dem die Verhafteten glaubhaft nachweisen konnten, daß sie als Täter der angeblichen Brandstiftung eines alten Schuppens auf einem Gut in der Nähe von Kruglanken nicht in Frage kommen können, hob der Amtsrichter die Haft sofort auf und entließ die Leute. Um aber einer etwaigen nochmaligen Verhaftung vorzubeugen, erhielten die Entlassenen einen vom Amtsgericht gestempelten großen Zettel folgenden Inhalts mit auf den Weg:

Die . . . . . schen Eheleute aus K . . . sind auf Beschluß des Gerichts aus der Untersuchungshaft entlassen.

Angerburg, den 23. 1. 13.

Unterschrift.

Diesen Zettel sollten sie an ihre Türe heften, um eine etwaige Wiederholung solch ungesetzlicher Verhaftung vorzubeugen. Da die Entlassenen ohne Geld waren, auch nichts zu essen bekommen hatten, erhielten sie von der Gefängnisinspektion 1 Mk. zu Bahngeld für die Rückreise und 50 Pfg. zu Semmel. Im Bahnwagen vierter Klasse schloß sich dem Ehepaar mit dem Säuglinge auch der Arbeiter an, der sich für seine Transportspesen einen ganz netten Rausch angetrunken hatte. Nach einstündiger Bahnfahrt und nach Zurücklegung eines dreiviertel Stunden langen Weges langten die Opfer ländlicher Beamtenwillkür spät abends zu Hause an, um sich von den ausgestandenen Schrecken und Aufregungen zu erholen. Gegen die eifrigen Beamten, die allein auf Grund einer haltlosen Denunziation vorgegangen waren, ist Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt worden. Von wem mag die Denunziation ausgegangen sein? Der Verhaftete stand bei dem Gutsbesitzer T. in G. im Dienst. Er wurde von diesem fortgesetzt schikaniert, Brennmaterial, Kartoffeln und Deputatgetreide vorenthalten und schließlich mitten im Winter, am 16. Januar, mit Frau und Säugling aus der Wohnung auf die Straße gesetzt. Die Familie fand Unterkunft im benachbarten Dorfe bei den Eltern der Frau. In der Nacht zum 16. Januar brannte auf dem Gute ein wertloser Schuppen. Der Mann beteiligte sich noch eifrig bei der Löscharbeit. Eine Woche darauf erfolgte die geschilderte ungesetzliche Verhaftung. Wie lange noch soll in Ostelbien Gutsherrschaftswillkür, verstärkt durch ortspolizeiliche Unkenntnis herschen?

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Inge", ein Drama der Liebe in 3 Akten von Joh. Tralow. Wenn am Sonnabend Tralows Drama bei seiner hiesigen Erstaufführung keinen nennenswerten Erfolg erzielte, so ist das kaum darauf zurückzuführen, daß, wie das Sprichwort behauptet, der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt. Im Gegenteil, unter den wenigen Zuschauern, die im Theater anwesend waren, befand sich anscheinend ein größerer Bruchteil persönlicher Freunde des Autors, und diese waren nicht sparsam mit ihrem Beifall. Doch auch sie konnten den Freund nicht retten, der es zwar an hochtönenden Worten in seiner „Inge" nicht fehlen läßt, dessen Gestalten aber an bedauernswerter Blutleere leiden. Drei Akte ohne eigentliche Handlung, ausgefüllt durch bramarbasierende oder brünstige Reden, wirken auf die Dauer ermüdend. Dazu der Kinoschluß: Der Sturz der Liebenden aus dem Fenster der Burg von Helsingborg. Von den handelnden Personen vermag weder der großsprecherische Admiral Wittenborg, noch der von seiner Schläue überzeugte Dänenkönig Waldemar, noch dessen brünstige Tochter Inge sonderlich zu interessieren. Die Mühe, welche die Herren Hoß, Brunow und Frl. Pfliegl auf deren Wiedergabe verwandten, war vergeblich. Es gibt eben Dinge, die sich nicht beleben lassen. Mit dem historischen Admiral Wittenborg, der auf dem Marktplatze in Lübeck enthauptet wurde, hat Tralows Drama nichts zu tun.

„Hoffmanns Erzählungen", Offenbachs phantastische Oper, erzielte gestern ein volles Haus und lebhaften Beifall. Zwei Gäste trugen den Löwenanteil an dem großen Erfolg des Abends davon. Fräul. Francillo-Kauffmann, deren Gesangskunst besonders in der Wiedergabe der Puppe Olympia glänzen konnte, gab auch die Giulietta und Antonia reizvoll und mit künstlerichem Geschmack. Vortrefflich bei Stimme war Herr Erb, der den Hoffman sang und auch schauspielerisch wirkungsvoll verkörperte. Das dämonische Element kam bei Herrn Aschner, der den Coppelius, Dappertutto und Mirakel vertrat, zu kurz. Die übrigen Partien waren ausreichend besetzt. Herr Kapellmeister Dr. Hartzem dirigierte. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 1. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen 4,00-5,00 Mk., Enten 4,00—5,00 Mk Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück — Mk., Tauben Stück 70 Pf., Gänse Pfd. 90 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 10—11 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20—40 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,00 Mk., kleinere 90 Pfg., Aal, große Pfd. 1,00—1,20 Mk., mittlere Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Karautschen Pfd. — Pfg., Hechte, große Pfd. 60 Pfg., mittel 80—90 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 70 Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 30—40 Pfg., kl. Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. 45—50 Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 20— Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 1. Februar.

Auftrieb 2279 Schweine. Markt mäßig rege.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 75,— bis 76,— (60,— bis 61,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 75,— (60,— bis 61,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 74,50 bis 75,50 (58,00 bis 59,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 74,— bis 75,00 (57,50 bis 58,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 73,— (53,00 bis 55,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 73,— bis 74,— (58,50 bis 59,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 65,— bis 72,— (50,50 bis 56,00) Mk.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:
Vom Kohlendampfer „Hans Tavsen" . . . . . . 2 Mk.
Der Jugendausschuß.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübecks!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.